

# Glanz und Elend der deutschen Geschichte

## 1945

### Band 3

## Kriegsende ohne Frieden

**Band 3/112: 31.05.1945 (Rückkehr, Lebensverhältnisse und "wilde Austreibungen")**

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Rückkehr in die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/70E-78E):  
**>>Die Rückkehr von Teilen der geflohenen Bevölkerung nach dem Ende der Kampfhandlungen**

Allen deutschen Flüchtlingen, die in den ersten Monaten des Jahres 1945, getrieben von dem Entsetzen vor der Roten Armee, ihre Heimat in Ostdeutschland verließen, war die Vorstellung gemeinsam, daß sie bald wieder, wenn alles dies vorbei sei, in ihre Wohnorte zurückkehren könnten. Mancher mag dabei an eine militärische Wendung der Dinge gedacht haben, wie sie die Parteipropaganda fortgesetzt prophezeite, andere werden im Einfall der Roten Armee nach Deutschland deutlich das bevorstehende Ende des Krieges erkannt und sich davon eine Normalisierung und baldige Rückkehr versprochen haben.

Sicher hatte der überwiegende Teil der Flüchtlinge überhaupt keine klaren Vorstellungen über das Wie und Wann einer Rückkehr, an die man aber doch fest glaubte, weil man sich einfach nicht vorzustellen vermochte, daß es anders kommen könnte oder daß mit der Flucht etwa gar der erste Schritt zu einer ständigen Entfernung von der Heimat getan sei. –

Viele Flüchtlinge haben sich schon bei der Flucht so sehr von dem Gedanken an eine schnelle Rückkehr leiten lassen, daß sie sich nur so weit von ihren Heimatorten entfernten, wie es nach der jeweiligen Frontlage unbedingt nötig war, und mancher Flüchtlingstreck ist durch solches wiederholte Haltmachen schließlich doch noch von sowjetischen Truppen eingeholt worden.

Es gehörte mit zu den Erfahrungen, die der Zusammenbruch im Mai 1945 über Deutschland brachte, daß die Vorstellungen von einer friedlichen Rückkehr der Flüchtlinge in die von ihnen vor der Roten Armee geräumten Orte sich als falsch erwiesen. –

Wie wenig das Ende der Kampfhandlungen Gelegenheit für eine friedliche Rückkehr bot, merkten am ehesten diejenigen unter der geflohenen ostdeutschen Bevölkerung, die noch während der Flucht, oft schon bald nach ihrem Aufbruch, oft auch erst nach tagelangem Treck, unterwegs von vorstoßenden sowjetischen Truppen erfaßt wurden.

Sofern sie überhaupt in ihre Heimatorte zurückkehren konnten, war es eine Rückkehr von geschlagenen, geschändeten und ausgeraubten Menschen, die, müde und verzweifelt, sich zuletzt nur in ihrer heimatlichen Umgebung noch einen Trost versprachen und oft genug auch darin enttäuscht wurden, weil sie kein Zuhause, sondern zerstörte und abgebrannte Wohnungen inmitten verlassener Orte vorfanden. –

Auch die zahlreichen ostdeutschen Flüchtlinge, die bis nach Mitteldeutschland, nach dem Westen des Reiches, nach Böhmen und Mähren oder nach Dänemark gelangt waren, erfuhren sehr bald nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches, daß mit dem Ende des Krieges der Weg für eine Rückkehr nicht frei geworden war, sondern daß sich viele Barrieren und Hindernisse zwischen sie und ihre Heimat gestellt hatten.

Die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen machte die Entfernung von Schleswig-

Holstein nach Ostpreußen oder von Bayern nach Schlesien nahezu unüberbrückbar, und spätere Maßnahmen der Besatzungsmächte oder der nach Ostdeutschland eingedrungenen Polen, vor allem die Bestimmungen der Konferenz von Potsdam, ließen eine Rückkehr überhaupt unmöglich werden.

Daß es unter diesen Bedingungen und nach allem, was man in Mittel- und Westdeutschland vom Vorgehen sowjetischer Truppen und polnischer Milizeinheiten in Ostdeutschland erfuhr, überhaupt noch zu umfangreichen Rückkehrbewegungen von Flüchtlingen über die Oder und Neiße nach Osten gekommen ist, ist höchst verwunderlich und fraglos in den meisten Fällen nur dadurch zu erklären, daß sich nach dem Ende des Krieges, wo jedermann wieder nach Hause zog, die Bombenevakuierten in ihre zerstörten Städte und die aus Kriegsgefangenschaft entlassenen Soldaten zu ihren Familien, auch viele Flüchtlinge aus Ostdeutschland von jenem Drang zur Rückkehr in die Heimat erfaßt wurden, der sich über alle rationalen Einwände und kritischen Bedenken hinwegsetzte.

Bei der Betrachtung der einzelnen Rückkehrbewegungen der Flüchtlinge aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße ist zu unterscheiden zwischen den nicht aus Ostdeutschland herausgekommenen Flüchtlingen, deren Rückkehr nur einen internen Wandervorgang innerhalb der einzelnen Provinzen östlich der Oder und Neiße darstellte, und der Rückkehr von geflohenen Ostdeutschen, die außerhalb der Oder-Neiße-Gebiete Zuflucht gefunden hatten, weil ihre Rückkehr eine effektive Zunahme der damaligen durch die Flucht stark zusammengeschnittenen deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße bedeutete.

Die Rückwanderung innerhalb der Oder-Neiße-Gebiete begann schon sehr zeitig. In den polnischen Gebieten, in Ostpreußen, Ostbrandenburg, in Teilen Westpreußens und im südlichen Streifen Ostpommerns machten sich bereits seit den letzten Januartagen Tausende auf den Rückweg, nachdem das schnelle Vordringen der Russen eine weitere Flucht unmöglich gemacht hatte. Eine neue Welle der Rückwanderung folgte vor allem im März, als von Ostpommern und Danzig her zahlreiche Deutsche aus Ost- und Westpreußen wieder in ihre Heimat zogen und gleichzeitig auch die während der Flucht von sowjetischen Truppen überrollte Bevölkerung Ostpommerns in ihre Heimatorte zurückstrebte.

Eine Rückkehr von geflohenen Ostdeutschen aus Gegenden außerhalb der Oder-Neiße-Gebiete erfolgte dagegen erst nach dem Waffenstillstand und zwar im wesentlichen nur aus den Flüchtlingsaufnahmegebieten Böhmens und Mitteldeutschlands, die entweder schon bei Kriegsende von russischen Truppen besetzt waren oder später der russischen Besatzungsmacht unterstellt wurden.

Das Protektorat Böhmen und Mähren, das von allen unter deutscher Herrschaft stehenden Gebieten als letztes von den Gegnern Deutschlands besetzt wurde, hatte als Aufnahmeland für Hunderttausende von Schlesiern besondere Bedeutung gehabt.

Die Mehrzahl der hier versammelten Flüchtlingsmassen geriet schließlich doch noch in russische Hände; denn der überwiegende Teil Böhmens und Mährens wurde teils unmittelbar vor der Kapitulation Deutschlands, teils in den Tagen danach von sowjetischen Truppen besetzt, und nur einen schmalen Streifen längs der bayrischen Grenze nahmen amerikanische Truppen ein. Für die zahlreichen Flüchtlinge aus Schlesien, die in Böhmen und Mähren doch noch unter die Gewalt der Russen geraten waren, blieb die Rückkehr in ihre Heimat das einzig Gebotene, zumal die tschechischen Behörden und Milizeinheiten sehr drastische Maßnahmen zur Entfernung aller deutschen Flüchtlinge ergriffen. –

In einer ähnlichen Lage befanden, sich die ostdeutschen Flüchtlinge, die in Mitteldeutschland Zuflucht gefunden hatten. Fast ganz Sachsen, das gesamte Gebiet Brandenburgs mit Berlin sowie Vorpommern und Mecklenburg waren in den Wochen vor dem Waffenstillstand von der Roten Armee erobert worden, und später, Ende Juni 1945, fielen auch der westliche Teil des Landes und der Provinz Sachsen sowie Thüringen im Austausch gegen Westberlin unter

die Verwaltung der sowjetischen Besatzungsmacht.

Alle in diesen Gebieten Mitteldeutschlands befindlichen Flüchtlinge aus Ostpreußen, Schlesien, Ostpommern und Ostbrandenburg befanden sich somit in der Lage, daß sie ihre Heimorte vor der Roten Armee verlassen hatten, ohne dem Regime der Sowjets entkommen zu sein, und viele von ihnen erstrebten deshalb die Rückkehr, wobei sie nicht unbeeinflusst davon blieben, daß die russischen Truppen sich im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone nach dem Waffenstillstand sehr viel disziplinierter verhielten als vorher und man hoffen konnte, dies sei auch in der Heimat östlich der Oder-Neiße der Fall.

Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der durch die Flucht versprengten deutschen Bevölkerung durchaus nicht einheitlich.

Die auf der Flucht befindlichen Trecks, die unterwegs in russische Hände fielen, wurden in vielen Fällen sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen wenigstens die Erlaubnis zur Rückkehr in ihre Heimorte erteilt. In anderen Fällen wieder kümmerte man sich wenig um sie, ließ sie bleiben, wo sie waren, registrierte sie an ihren Zufluchtsorten und behandelte sie wie die einheimische Bevölkerung.

Offensichtlich hatte die russische Führung ursprünglich beabsichtigt, daß in den gesamten deutschen und außerdeutschen Gebieten, die 1945 von russischen Streitkräften besetzt worden waren, die Bevölkerung wenigstens vorübergehend in ihre Heimatgebiete zurückkehren sollte, damit Flüchtlingsansammlungen vermieden und eine bessere Kontrolle der Bevölkerung ermöglicht werden konnten. Dahinter mochte einfach die Absicht stehen, aus militärischen Gründen eine gewisse äußere Ordnung zu schaffen oder die politische Siebung der Bevölkerung zu erleichtern; keinesfalls haben Maßnahmen dieser Art etwas mit der grundsätzlichen Einstellung der sowjetischen Politik zur Vertreibung zu tun.

Diese war im Prinzip ihr letztes Ziel, das nur an einigen Stellen durch Erwägungen praktischer Natur verdunkelt wurde. Dies läßt sich etwa auch aus dem uneinheitlichen Verhalten der Sowjets zu den schon vor dem Potsdamer Abkommen von den polnischen Behörden begonnenen Ausweisungsaktionen erkennen, die von den Russen zwar damals aus besonderen Interessen in Einzelfällen behindert, im Prinzip aber gebilligt wurden.

Auch an anderen Stellen erscheint die Haltung der Russen undurchsichtig und widerspruchsvoll. So wurde ein großer Teil der Flüchtlinge, die sich im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone befanden und die teils von den zuständigen sowjetischen Kommandanturen oder den ihnen unterstellten deutschen Behörden den Befehl zur Rückkehr erhalten oder zu großen Teilen selbständig den Rückweg angetreten hatten, vor den Übergängen an der Oder und Neiße abgewiesen und nicht in ihre Heimatgebiete hineingelassen.

Die größte Verwirrung entstand hierbei im Raum von Görlitz. Dort wurden ab Ende Mai durch polnische Militärkommandos und die östlich der Neiße eingesetzten polnischen Verwaltungsbehörden die Neiße-Übergänge nach Schlesien für alle Rückkehrer gesperrt, so daß sich am westlichen Ufer und in der Stadt Görlitz der Rückwanderungsstrom staute.

Die allgemeine Not stieg ins Unermeßliche, da zusätzlich vom Osten her die von den Polen in eilig betriebenen Aktionen zwangsweise Ausgetriebenen über die Neiße nach Westen kamen. In ähnlicher Weise ist Ende Juni/Anfang Juli 1945 überall an den Übergängen über die Oder und Neiße der Weg für die Rückkehr gesperrt worden und gleichzeitig die erste Austreibungswelle aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße erfolgt, so daß in diesen Tagen und Wochen unzählige heimatlos gewordene Menschenmassen sich von Schlesien bis nach Stettin am westlichen Ufer von Neiße und Oder zusammendrängten.

Aber auch die Bevölkerungsbewegung zwischen den einzelnen deutsch bewohnten Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie, die sich aus dem Bestreben der Flüchtlinge zur Rückkehr in die Heimat ergab, wurde durch das Eingreifen russischer Truppen in mannigfacher Weise behin-

dert oder vereitelt.

Vor allem war es die Verpflichtung zur Zwangsarbeit, der alle Deutschen in den Wochen nach der Besetzung unterlagen, wodurch eine Rückkehr oft unmöglich gemacht wurde. Gleich, ob es sich um Flüchtlinge oder Einheimische handelte, wurden die in den Dörfern und Städten angetroffenen Deutschen zur Beseitigung von Trümmern, Bestellung von Feldern, zum Abbau von Eisenbahngleisen sowie zu anderen Demontagearbeiten und Diensten für die sowjetische Truppe herangezogen.

Vielen der Geflohenen war dadurch der Rückweg versperrt, und selbst diejenigen, die davon nicht betroffen waren oder heimlich den Rückweg angetreten hatten, mußten damit rechnen, unterwegs aufgegriffen und zu irgendwelchen Arbeiten gezwungen zu werden.

Für manche Flüchtlinge dauerte es Wochen und Monate, ehe sie ihre Heimat erreichten, und ganz allgemein stellte es sich heraus, daß der Rückweg die vorangegangene Flucht an Strapazen und Gefahren noch weit übertraf. Da der Eisenbahnverkehr im allgemeinen noch stilllag, die Trecks in der Mehrzahl ihrer Pferde beraubt und die Gepäckstücke immer wieder geplündert worden waren, zogen die Flüchtlinge in der Regel zu Fuß mit nur wenigem Gepäck auf den Landstraßen einher, dabei ständig in Furcht vor russischen Truppen und polnischer Miliz. Der Weg führte durch zerschossene und abgebrannte Orte und über Landstraßen, wo noch die Tierkadaver sowie Leichen von Soldaten und Zivilisten lagen.

Hunger und Durst forderten neue Opfer, und in der Regel fanden die Heimgekommenen zu Hause völlig ausgeraubte, wenn nicht gar abgebrannte Wohnungen vor, oder aber russische Besatzungstruppen hatten die Häuser bezogen.

Die allgemeine Unsicherheit jener Zeit und die auf dem Weg in die Heimat zu erwartenden Strapazen hielten manche Flüchtlinge davon ab, sofort nach dem Einzug sowjetischer Truppen den Rückweg anzutreten. Dies trifft beispielsweise für zahlreiche ostpreußische Flüchtlinge zu, die in Pommern von russischen Truppen überrollt worden waren. Die meisten von ihnen hatten einen 6-8 Wochen langen, gefahrvollen, seelisch und körperlich aufs äußerste anstrengenden Treck hinter sich, als sie in Pommern in die Hände der Russen fielen, und scheuten deshalb den Hunderte von Kilometern langen Rückweg, weil sie zu fürchten hatten, dabei ihrer letzten Habe beraubt zu werden, und nicht sicher sein konnten, ihre Heimatorte auch wirklich zu erreichen.

Da sie überdies erlebten, wie selbst in den Orten Pommerns polnische Behörden die Verwaltung übernahmen und polnische Miliz eine immer bedeutendere Rolle zu spielen begann, mußten sie, gestützt auf ihre Erfahrungen aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg, für ihre noch weiter östlich gelegene ostpreußische Heimat das Schlimmste befürchten, zumal schon im Februar 1945, wovon freilich damals nur wenige Deutsche Kenntnis hatten, von den Vertretern der britischen, der amerikanischen und der russischen Regierung auf der Konferenz von Jalta erklärt worden war, "daß Polen beträchtlichen Landzuwachs im Norden und Westen erhalten muß".

Ähnliche Überlegungen spielten auch für die große Mehrzahl derjenigen eine Rolle, denen die Flucht in das mittlere oder westliche Reichsgebiet gelungen war. Für sie galt es, zunächst abzuwarten, was mit ihrer Heimat geschah, und nicht leichtsinnig das Leben und den wenigen geretteten Besitz aufs Spiel zu setzen, nachdem sie glücklich vor den Russen davongekommen waren. Die Nachrichten von Sperrungen der Oder-Neiße-Linie für Rückkehrer, von Deutschenverfolgungen in den Ostgebieten und von ersten Ausweisungen im Juni 1945 hielt die Masse der in der sowjetischen, amerikanischen, englischen und französischen Besatzungszone befindlichen Flüchtlinge vom sofortigen Aufbruch zur Rückkehr ab.

Im übrigen hatte die Einrichtung von Besatzungszonen eine Rückkehr aus der amerikanischen, der britischen und französischen Zone nach dem Osten rein technisch so gut wie unmöglich gemacht, da die Zonengrenzen wie überhaupt die Anordnungen aller Besatzungs-

mächte die Freizügigkeit des Verkehrs quer durch Deutschland verhindert hatten. Lediglich aus dem Gebiet der Sowjetzone konnten in den Wochen nach dem Waffenstillstand noch in größerer Zahl Flüchtlinge über die Oder und Neiße nach Osten zurückkehren.

In Mecklenburg und dem westlichen Teil Pommerns waren es vor allem geflohene Einwohner aus Ostpommern, in Sachsen vor allem Schlesier, die den Rückweg antraten. Teilweise wurden sie von sowjetischen Kommandanturen oder deutschen Bürgermeistern dazu aufgefordert, teilweise machten sie sich auch selbständig auf den Weg zurück in ihre Heimat.

Bis die Sperrmaßnahmen der Polen Ende Juni 1945 den Massenstrom der Rückwanderer abstoppten, waren schätzungsweise bereits 300.000 bis 400.000 Flüchtlinge aus der sowjetischen Besatzungszone wieder in ihre Heimat östlich der Oder und Neiße zurückgekehrt. Als schließlich in den Potsdamer Beschlüssen die Zustimmung der Großmächte zur Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung gegeben wurde, hörte die Rückkehr nach Ostdeutschland bis auf ganz geringe Nachzügler vollständig auf.

Erheblich größer als die Zahl der Rückkehrer aus der sowjetischen Besatzungszone war die Zahl derer, die nach dem Waffenstillstand aus dem Gebiet der Tschechoslowakei in ihre Heimat zurückkehrten. - Rund 1,6 Millionen Deutsche aus Schlesien waren durch das Vordringen der Roten Armee nach Böhmen und Mähren hinübergedrängt worden. Etwa die Hälfte von ihnen hatte in dem Schlesien unmittelbar benachbarten Streifen des Sudetenlandes Zuflucht gefunden.

In den deutschen Orten des Sudetenlandes von Troppau im Süden bis nach Reichenberg im Norden war es infolgedessen zu einer ungeheueren Massierung von schlesischen Flüchtlingen gekommen, denen teils in Privatquartieren, teils in Massenlagern eine Notunterkunft geschaffen worden war. Da der Flüchtlingsstrom aus Schlesien trotzdem angehalten hatte, waren weitere Hunderttausende in dem an Sachsen angrenzenden Teil des Sudetenlandes oder im Innern Böhmens untergebracht worden, und viele waren auch quer durch Böhmen nach Bayern weitergezogen.

Je nach der Gegend, in der sich die schlesischen Flüchtlinge zum Zeitpunkt der Kapitulation befanden, ergab sich für sie eine sehr verschiedene Situation. Die nach Bayern Hereingeströmten waren froh, nicht mehr im Gebiet der Tschechoslowakei zu sein; aber eine Rückkehr nach Schlesien war für sie infolge der Besatzungsgrenzen in Deutschland nahezu unmöglich geworden. Für die vielen anderen, die sich im Sudetenland oder im Inneren Böhmens befanden, galt es, so schnell wie möglich dieses Gebiet zu verlassen, da seit dem Waffenstillstand überall in der Tschechoslowakei die Verfolgung und Internierung der Deutschen begann.

Die tschechischen Behörden ergriffen sogleich Maßnahmen, um die vielen deutschen Flüchtlinge, die nicht nur aus Schlesien, sondern auch aus der Slowakei, aus Ungarn und Rumänien in Böhmen und Mähren Zuflucht gesucht hatten, über die Grenzen abzuschieben. Viele Schlesier hatten sich, als der Krieg zu Ende war, bereits selbständig auf den Heimweg begeben; die anderen wurden in den folgenden Tagen und Wochen, teils zu Fuß, teils in Eisenbahntransporten, eiligst und auf dem kürzesten Weg über die Grenze geschickt. Auf diesem Rückmarsch durch das Gebiet der Tschechoslowakei waren sie fortgesetzten Belästigungen ausgesetzt, an denen sich russische Soldaten und tschechische Miliz je auf ihre Weise beteiligten.

Bei ihrem Bestreben, die deutschen Flüchtlinge aus dem tschechischen Staatsgebiet zu entfernen, nahmen die tschechischen Behörden wenig Rücksicht darauf, ob den Schlesiern daraus wirklich eine Rückkehr in ihre Heimat erwuchs. Soweit sie sich in der Gegend um Prag und im Innern Böhmens aufhielten, wurden sie zunächst in Lager eingewiesen und dann meist auf dem nach Deutschland kürzesten Wege, nach Sachsen abtransportiert.

Ebenfalls nach Sachsen hinüber drängte man die im nördlichen Teil des Sudetenlandes zwischen Eger und Reichenberg befindlichen Schlesier, denen es bei der allgemeinen Furcht vor tschechischen Verfolgungen oft auch selbst darauf ankam, so schnell wie möglich die tsche-

chische Grenze zu passieren. Viele versuchten von Sachsen aus, wo ihnen teilweise Lebensmittelkarten verweigert und längerer Aufenthalt untersagt wurden, nach Schlesien zurückzukehren, was aber nur wenigen gelang, da, wie bereits dargestellt, ab 1. Juni die Neiße-Übergänge bei Görlitz für die Rückkehrer gesperrt waren.

Für diejenigen Schlesier, die im westlichen Teil Böhmens den Waffenstillstand erlebten, führte der kürzeste Weg aus dem Bereich der Tschechoslowakei hinaus nach Bayern. Er war auch insofern am ungefährlichsten, weil dieser Teil Böhmens nicht von russischen sondern von amerikanischen Truppen besetzt worden war und die Flüchtlinge infolgedessen der Berührung mit sowjetischen Truppen aus dem Wege gehen konnten.

Der Rückweg nach Schlesien blieb nur denen nicht verwehrt, die im östlichen Teil Böhmens Unterkunft gefunden hatten. Dies war jedoch etwa nur die Hälfte aller, die aus Schlesien vor der Roten Armee über das Gebirge geflohen waren, insgesamt schätzungsweise 800.000 Menschen.

An der schlesisch-tschechischen Grenze konnten die Polen nicht wie an der Oder und Neiße den Rückkehrerstrom sperren, dies gebot allein die Rücksicht auf die Tschechen. Deshalb begann sofort nach dem Waffenstillstand am 9. Mai ein gewaltiger Rückkehrerstrom über das böhmisch-schlesische Gebirge einzusetzen, der sich auf die gleichen Wege ergoß wie in den Wochen vorher die Flucht, nur daß die Flüchtlinge jetzt beträchtlich ärmer geworden waren und, nachdem sie Pferde und Wagen und einen beträchtlichen Teil des Gepäcks den Russen und Tschechen hatten lassen müssen, meist zu Fuß einherliefen.

Bis Mitte Juni etwa dauerte dieser Rückstrom nach Ober- und Niederschlesien an. Die teils völlig entleerten Dörfer und Städte Schlesiens füllten sich wieder mit Menschen, und als im Juli die Rückbewegung abgeschlossen war, hatten sie durchschnittlich wieder 50 Prozent ihrer alten Einwohnerzahl erreicht. Zusammen mit den rund 200.000 Schlesiern, denen es gelungen war, über die Neiße zurückzukehren, war es rund eine Million Menschen, die im Mai und Juni 1945 wieder in Schlesien eintrafen. Die deutsche Bevölkerung Schlesiens (Grenzen von 1937) war damit wieder auf rund 2,5 Millionen angewachsen, so daß hier auch unter der Herrschaft von Russen und Polen die deutsche Bevölkerung sehr zahlreich war.

Auch in Ostpommern war der Anteil der noch unter russischer Besetzung im Lande befindlichen Einwohner relativ hoch. Dabei spielte weniger die Rückkehr eine Rolle; denn infolge der polnischen Sperrmaßnahmen an der Oder kamen schätzungsweise nur 150.000 Ostpommern aus Mecklenburg und Vorpommern während der Monate Mai und Juni zurück, wobei dieser Zuzug etwa ausgeglichen wurde durch den Abzug zahlreicher ostpreußischer und westpreußischer Flüchtlinge, die von Ostpommern aus wieder in ihre Heimat zurückkehrten.

Im Gegensatz zu anderen Provinzen war aber in Ostpommern die Zahl der Zurückgebliebenen und nicht mehr rechtzeitig Herausgekommenen sehr hoch, so daß sich im Juni 1945, vor Beginn der ersten Ausweisungen, ca. eine Million Menschen in Ostpommern befand. Die Städte und Dörfer hatten durchschnittlich 50 bis 60 Prozent ihrer ehemaligen Einwohnerzahlen. In ihnen lebten schätzungsweise noch 150.000-250.000 Deutsche aus Ost- und Westpreußen sowie aus den polnischen Gebieten, die nicht in ihre Heimat zurückgekehrt waren, sondern ihr weiteres Schicksal in Ostpommern abwarteten.

Die Bevölkerungsdichte in den einzelnen ostpommerschen Gebieten war sehr verschieden, je nach den Fluchtmöglichkeiten, die im Januar und März bestanden hatten. Während in den westlichen Kreisen Pyritz, Greifenhagen, Naugard, Cammin und in den Hafenstädten Kolberg und Stolpmünde nur noch relativ wenige Deutsche lebten, betrug die Einwohnerzahl in anderen Kreisen, in der Gegend um Belgard, Köslin, Neustettin, Deutsch Krone, Friedeberg, Stolp und Lauenburg teilweise über 75 Prozent des alten Standes.

Am niedrigsten war die Zahl der Bevölkerung im Sommer 1945 in Ostpreußen. Rund 500.000 Einwohner waren in den Regierungsbezirken Gumbinnen, Königsberg und Allenstein in russi-

sche Hand gefallen. Daneben sind auch in den westlich angrenzenden Kreisen Elbing, Marienburg, Stuhm, Marienwerder und Rosenberg fast 100.000 deutsche Einwohner zurückgeblieben, als die Rote Armee dieses Gebiet eroberte, oder später dahin zurückgekehrt. Zusammen mit den rund 200.000, die teils schon im März und April, teils auch erst nach der Kapitulation vor allem aus Pommern nach Ostpreußen zurückkehrten, zählte Ostpreußen (in den Grenzen von 1937) im Juni 1945 rund 800.000 Einwohner, das ist knapp ein Drittel seiner Bevölkerung aus dem Jahre 1944.

Am schwächsten war die Bevölkerungsdichte in den östlichen Kreisen, dem Reg.-Bezirk Gumbinnen. Dort hatten die russischen Truppen nahezu menschenleeres Land in Besitz genommen, und obwohl schon ab Februar 1945 zahlreiche im Samland unter die sowjetischen Truppen geratene Deutsche zwangsweise dorthin deportiert wurden, hat die deutsche Bevölkerungszahl im östlichen Teil Ostpreußens unter russischer und polnischer Verwaltung kaum 15 Prozent ihrer ehemaligen Höhe erreicht. –

Wesentlich zahlreicher war die deutsche Bevölkerung dagegen in den südlichen und mittleren Kreisen Ostpreußens. Die Städte Osterode, Allenstein, Mohrungen, Sensburg, Bartenstein, Heilsberg, Lötzen und die umliegenden Landgemeinden erreichten im Sommer 1945 durchschnittlich wieder die Hälfte ihrer alten Einwohnerzahlen.

Die Masse der zu dieser Zeit in Ostpreußen lebenden deutschen Bevölkerung, wohl 500.000-550.000 Menschen, verteilte sich auf die südlichen Kreise, welche später auf Grund des Potsdamer Abkommens unter polnische Verwaltung kommen sollten, während in dem unter russische Verwaltung gestellten nördlichen Teil Ostpreußens, einschließlich Königsbergs, nur ca. 250.000-300.000 Menschen lebten.

In dem relativ kleinen Ostbrandenburg hat sich die Zahl der deutschen Einwohner durch Rückkehrer nur unerheblich vermehrt, zumal aus diesem Gebiet schon Ende Juni 1945 durch systematische Austreibungen der größte Teil der Deutschen gezwungen wurde, die Heimat zu verlassen. Vor Beginn dieser Austreibungsaktionen haben in Ostbrandenburg, dessen Bevölkerung zum größten Teil nicht rechtzeitig hatte fliehen können, jedoch noch rund 350.000 Menschen gelebt.

Nur von geringfügigem Ausmaß war die Rückkehr geflohener Deutscher in Danzig, in Westpreußen und in den west- und zentralpolnischen Gebieten. Die Deutschen, die sich in diesen Gebieten im Mai/Juni 1945 aufhielten, waren in der Regel Personen, die freiwillig dort geblieben oder während der Flucht in russische Hände gefallen waren. Im Gebiet der Freien Stadt Danzig waren es rund 200.000 und auf polnischem Territorium etwa 800.000 Deutsche, die die Zeit der polnischen Herrschaft und der Ausweisungen in ihrer Heimat erlebten.

*Veränderungen des deutschen Bevölkerungsstandes östlich der Oder-Neiße-Linie infolge der Flucht und der Rückkehr im Jahre 1945<sup>1)</sup>.*

Die Gebiete östlich der Oder und Neiße	Stand der deutschen Bevölkerung Ende 1944	Stand d. deutschen Bevölkerung nach d. Flucht vor der Roten Armee April-Mai 1945	Stand der deutschen Bevölkerung nach der Rückkehr (Sommer 1945) und vor d. Austreibung
Ostpreußen <sup>2)</sup>	2 653 000	600 000	800 000
Ostpommern	1 861 000	1 000 000	1 000 000 <sup>3)</sup>
Ostbrandenburg	660 000	300 000	350 000
Schlesien	4 718 000	1 500 000	2 500 000
Polnische Gebiete	1 612 000	800 000	800 000
Danzig	420 000	200 000	200 000
<b>Insgesamt</b>	<b>11 924 000</b>	<b>4 400 000</b>	<b>5 650 000</b>

1) Die Zahlenangaben beruhen auf Durchschnittswerten (x001/78E).

2) Einschließlich Memelland und Reg.-Bezirk Westpreußen (x001/78E).

3) Zahlenmäßige Gleichheit der Rückkehrer nach Ostpommern und Abzug der nach Ostpommern geflohenen ost- und westdeutschen Flüchtlinge (x001/78E).<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas berichtet später über die ostdeutschen Rückkehrer (x039/141-142): >> Das Kapitel über die Flucht darf nicht abgeschlossen werden, ohne zu erwähnen, daß Millionen von Flüchtlingen, die in den ersten Monaten des Jahres 1945 ihre Heimat in Ostdeutschland verließen, fest davon überzeugt waren, daß sie bald wieder, wenn der Krieg endlich vorbei sei, in ihre Wohnorte zurückkehren könnten. Im April 1945 betrug die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen etwa 4.400.000 Menschen.

Bis zum Juli 1945 waren 1.125.000 Flüchtlinge zurückgekehrt, weil sie die Härten des verlorenen Krieges lieber in der Heimat durchstehen wollten. Sie ahnten nicht, daß sie wieder vertrieben werden würden. Andere hatten von der alliierten Entscheidung, die Deutschen auszuweisen, gerüchteweise gehört, sie begriffen aber nicht, daß die 700 Jahre alten ostdeutschen Siedlungen von heute auf morgen zerschlagen werden sollten.

Die Rückkehr spielte sich in verschiedenen Phasen ab. Die ersten, die zurückkehrten, waren die Flüchtlinge, die vom raschen sowjetischen Vormarsch abgeschnitten worden waren. Bereits in den letzten Januartagen 1945 kehrten viele Ostpreußen in die heimatlichen Orte zurück. Dann folgten eine zweite Welle der Rückwanderung im März und eine dritte nach der Kapitulation am 7./8. Mai 1945.

Die ostdeutschen Flüchtlinge, die in Mitteldeutschland Zuflucht gefunden hatten – in Sachsen, Brandenburg und Westpommern – hatten ihre Heimorte vor der Roten Armee verlassen, ohne dem Regime der Sowjets entkommen zu sein. Deshalb wollten sie ihr weiteres Schicksal lieber in der Heimat abwarten, zumal sich die russischen Truppen nach der Kapitulation sehr viel disziplinierter zeigten als vorher.

Die russischen Militärbefehlshaber und die in den einzelnen Orten eingerichteten Kommandanturen verhielten sich zur Rückkehr der Flüchtlinge durchaus nicht einheitlich. In vielen Fällen wurden Trecks sofort zur Umkehr gezwungen, oder es wurde ihnen die Erlaubnis zur Rückkehr erlaubt. In anderen Fällen registrierte man sie und behandelte sie wie die einheimi-



sche Bevölkerung. ...

Es scheint, daß vor der Potsdamer Konferenz die russischen Militärbefehlshaber keine Anweisungen über die geplante Vertreibung der Deutschen erhalten hatten. Es war zunächst militärisch sinnvoll, Flüchtlingsansammlungen zu vermeiden und eine bessere Kontrolle der Bevölkerung dadurch zu erreichen, daß jeder in sein Heimatgebiet zurückkehrte.

Insgesamt gesehen war die sowjetische Haltung undurchsichtig und widerspruchsvoll, denn manchmal haben die Russen die von den polnischen Behörden schon vor der Potsdamer Konferenz begonnenen Ausweisungsaktionen in Einzelfällen behindert, in den meisten Fällen aber gebilligt. ...

Für manche Flüchtlinge dauerte es Wochen und Monate, bis sie ihre Heimat erreichten, und viele mußten erleben, daß der Rückweg die vorangegangene Flucht an Strapazen und Gefahren noch übertraf. Der Eisenbahnverkehr lag still, Trecks waren ihrer Pferde beraubt worden, Gepäckstücke waren restlos ausgeplündert. Die Rückkehrer zogen meistens zu Fuß durch abgebrannte Orte und über Landstraßen, wo noch die Leichen von Soldaten und Zivilisten verwesten. Es gab kein Deutsches Rotes Kreuz mehr, keine Hilfeleistungen von deutschen Soldaten oder Regierungsstellen. Hunger und Durst forderten neue Opfer. Sie fürchteten nicht nur die sowjetischen Truppen, sondern auch die polnische Miliz. ...<<

### **Die Lebensverhältnisse der deutschen Bevölkerung in den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges**

Nach dem sowjetischen Einmarsch brach das bisherige Leben der Deutschen vollkommen zusammen. In den meisten ostdeutschen Dörfern und Städten gab es gewöhnlich weder Strom, Gas noch Wasser, da man fast alle Versorgungsbetriebe und Anlagen gesprengt, zerstört oder stillgelegt hatte. Die wenigen Brunnen konnten den Trinkwasserbedarf nicht decken, so daß vielerorts großer Wassermangel herrschte. Die verstörte deutsche Bevölkerung traute sich nur selten auf die Straße, da andauernd irgendwelche Marodeure oder Plünderer durch die Ortschaften zogen. Man verließ die Quartiere nur, falls es unbedingt erforderlich war. Um Gewalttaten und Mißhandlungen zu entgehen, flüchteten manche Frauen und Mädchen in unzugängliche Wälder, Moore und Sumpfgebiete. Durst, Hunger und Kälte trieben die Verfolgten jedoch schon bald in die Ortschaften zurück.

Das Elend war niederschmetternd, aber die geschundenen Menschen gaben nicht auf. Nun hieß es, neuen Mut zu schöpfen. Trotz aller Verzweiflung und ungeachtet der chaotischen Verhältnisse begannen überall Aufräumarbeiten. Tagelang wurden verschmutzte und verwüstete Unterkünfte aufgeräumt, gereinigt, instand gesetzt und wieder bewohnbar gemacht. Anschließend suchte man brauchbare Möbel und Hausratgegenstände aus den Trümmern. Diese mühseligen Arbeiten waren jedoch vergeblich, denn kaum hatten die Deutschen halbwegs aufgeräumt, tauchten gewöhnlich sowjetische Besatzungstruppen, slawische Zivilisten oder Umsiedler auf, die unentwegt gebrauchsfähige Gegenstände raubten bzw. Unterkünfte beschlagnahmten.

Fast jeder rechnete damals mit einer schweren Besatzungszeit, aber die besiegten Deutschen dachten immer noch, daß sie es trotzdem wieder irgendwie schaffen würden. Das Leben mußte doch schließlich weitergehen. Da es seit Menschengedenken zu den Aufgaben der Bauern zählte, die Bevölkerung mit Lebensmitteln zu versorgen, gingen die hartgesottenen Ostsiedler unverzüglich an die Arbeit. Oftmals hatte man bereits alle Zugtiere und Maschinen geraubt, so daß die Bauern unverdrossen zu Spaten und Handpflug greifen mußten, wenn sie Pflanzkartoffeln und Sommergetreide in die Erde bringen wollten.

Nach dem Kriegsende standen zunächst sämtliche Gebiete östlich der Oder und Neiße unter sowjetischer Verwaltung. Die Armeeführung der Roten Armee verhängte in den Besatzungsgebieten zwar drakonische Strafen, aber es dauerte nicht selten Wochen und z.T. sogar Monate, bis die brutalen Gewalttaten endlich aufhörten.

Die deutsche Landbevölkerung war besonders gefährdet, weil es dort nur wenige sowjetische Kommandanturen gab. Hier waren die Deutschen eigentlich nur geschützt, wenn sie bei sowjetischen Offizieren oder in bewachten Kolchosen arbeiteten. In den Nächten war es naturgemäß am schlimmsten. Jede Nacht brachte neue Schrecken, Schießereien und Überfälle. Am Tag war ebenfalls kein Deutscher sicher. Überall lauerte der Tod. Manche Zivilisten wurden auf offener Straße ermordet, weil sie sich weigerten, Mäntel oder Strickjacken abzugeben.

Im Verlauf der Besetzung veränderte sich allmählich die feindliche Haltung der Sowjets. Vor allem ältere Soldaten schritten energisch gegen Gewalt- und Terrorakte ein und beschützten die Deutschen. Oftmals schenkten sie den Hungrigen und Kranken auch Lebensmittel oder Medikamente. Diese persönlichen Hilfeleistungen gaben den Deutschen zwar neuen Lebensmut, aber es änderte nichts an ihrer aussichtslosen, rechtlosen Lage. Viele wanderten später in grenznahe Dörfer und Städte, um die Austreibung über sich ergehen zu lassen.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Lebensverhältnisse im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens (x001/88E-90E):

### >>**Das Schicksal der Deutschen im sowjetisch verwalteten Teil Ostpreußens**

Schon im Februar 1945 waren die Alliierten in Jalta übereingekommen, daß ein Teil Ostpreußens der Sowjet-Union zugesprochen werden sollte. Dieser Übereinkunft wurde im Potsdamer Abkommen Rechnung getragen durch den Beschluß, den nördlichen Teil Ostpreußens mit Königsberg unter die Verwaltung der UdSSR zu stellen. Die angloamerikanischen Mächte bekräftigten diese Abmachung durch ihre gemeinsame Zusage, die Übertragung dieses Gebietes an Rußland bei der Friedensregelung zu unterstützen.

Als Grenze zwischen dem sowjetisch verwalteten und dem polnisch verwalteten Teil Ostpreußens wurde eine Linie festgelegt, die fast gradlinig von der Küste des Frischen Haffes unmittelbar südlich von Heiligenbeil nach Osten quer durch Ostpreußen verläuft und nördlich von Goldap auf die alte ostpreußisch-litauische Grenze stößt.

Nördlich dieser Grenzlinie befanden sich nach dem Einmarsch der Russen und dem Abschluß der Rückkehrbewegung nur noch etwa 250.000-300.000 Deutsche, von denen sich ca. ein Viertel in der Stadt Königsberg aufhielt. Der östlichste Teil des Landes, der die Kreise Tilsit, Ebenrode, Schloßberg, Gumbinnen und Insterburg umfaßte, war fast gänzlich von Menschen entblößt. Auch die Städte zählten hier nur noch wenige Tausend Deutsche.

Schon im Februar 1945 deportierten die Russen deshalb zahlreiche Einheimische und Flüchtlinge, die sie im Samland angetroffen hatten, nach diesen östlichen Kreisen, wo sie für die sowjetischen Truppen Zwangsarbeiten zu verrichten hatten und später auf Kolchosen zusammengefaßt wurden. In der folgenden Zeit sind dann auch aus Königsberg und im Frühjahr 1946 vor allem aus dem Kreis Labiau Deutsche in die menschenarmen Gebiete im Osten des sowjetisch verwalteten Ostpreußens verschleppt worden.

Dieser erzwungene Bevölkerungstransfer, der zahlreiche Deutsche aus ihrer engeren Heimat riß, hat dazu geführt, daß die Entwurzelung der Bevölkerung, die schon durch die Flucht- und Rückkehrbewegungen bewirkt worden war, noch weitere Fortschritte machte. In einer fremden Umgebung mit gleichfalls verschleppten Landsleuten aus den verschiedensten Gegenden Ostpreußens nebeneinander zu leben, die alle der Heimatlosigkeit preisgegeben waren, kennzeichnete im nördlichen Teil Ostpreußens mehr als in allen anderen deutschen Ostgebieten das Schicksal der in russische Hand gefallenen Deutschen.

Dazu kam der Zustand absoluter Unsicherheit und ständiger Gefährdung, der noch Monate und Jahre nach der Besetzung andauerte. Obwohl allmählich russische Kommandanturen eingerichtet und Vergewaltigungen und Plünderungen verboten wurden, vermochten die Anordnungen der Kommandanten und die vereinzelt ausgesandten Streifen und Wachposten nicht, die deutsche Bevölkerung vor Übergriffen durch Soldaten und Offiziere zu schützen.

Selbst in Königsberg hatte die deutsche Bevölkerung noch lange nach der Einnahme der Stadt

unter fortgesetzten Beraubungen durch russische Soldaten zu leiden. Wesentlich unsicherer noch war die Lage aber auf dem Lande und besonders in abgelegenen und menschenarmen Orten und Gütern. Hier hörten die Belästigungen durch einzelne russische Soldaten, die Räubereien ganzer Banden und die Vergewaltigungen der deutschen Frauen noch zu Ende des Jahres 1945 und selbst im Laufe des nächsten Jahres nicht auf.

Besonders traurig war das Schicksal der vielen Tausende, die nach der Besetzung des Landes wiederholten Verhaftungen zum Opfer fielen, die nicht nur unter den ehemaligen Mitgliedern der NSDAP, viele Unbelastete, sondern auch viele fälschlich Verdächtige erfaßten. Sofern die Verhafteten nicht nach Rußland verschleppt wurden, hielt man sie nach zahllosen Verhören und Mißhandlungen in Gefängnissen, Zuchthäusern und Lagern fest.

Im nördlichen Teil Ostpreußens waren das Zuchthaus von Tapiau, das Gefängnis von Insterburg und das in den Kasernen von Preußisch Eylau errichtete Lager die Hauptsammelstellen für die Verhafteten. Im Lager Preußisch Eylau befanden sich allein über 10.000 Deutsche, die bei schlechtester Ernährung harte Arbeit leisten mußten. Über die Hälfte von ihnen ist bis zur Auflösung des Lagers Ende 1945 an Unterernährung und Erschöpfung und den berüchtigten Typhuserkrankungen gestorben.

Aber auch die übrige Bevölkerung des sowjetisch verwalteten Ostpreußens hat in den auf die Eroberung folgenden Monaten und Jahren Schwerstes durchmachen und ungeheure Opfer bringen müssen. ...<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über das Schicksal der deutschen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße unter sowjetisch-polnischer Herrschaft (x001/87E-88E,96E-100E): >>... Der Einfall der Roten Armee nach Ostdeutschland hatte zur Folge gehabt, daß über die Hälfte der deutschen Bevölkerung aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße nach Mittel- und Westdeutschland verdrängt worden war. Die Millionen von Deutschen, die durch die Flucht vor der Roten Armee die Heimat verlassen mußten, hatten an den Folgen der Vertreibung noch lange schwer zu tragen, und noch heute haben sie unter der Besitz- und Heimatlosigkeit zu leiden. Dennoch blieb ihnen wenigstens das schwerere Schicksal der Deutschen erspart, die im Frühjahr und Sommer 1945 unter sowjetische und polnische Herrschaft gekommen waren.

Auch diesen über 5 Millionen Ostdeutschen, die den Einzug der sowjetischen Truppen in ihrem Lande erlebten oder nach dem Ende der Kampfhandlungen dorthin zurückgekehrt waren, ist der Verlust ihrer angestammten Heimat nicht erspart geblieben, nur traf sie dieses Schicksal später, und der Weg dahin gestaltete sich für sie unvergleichlich schwerer. Ehe sie mit nur wenigem Handgepäck ihre Heimat verlassen mußten, lebten sie lange Monate und manchmal Jahre unter russischer oder polnischer Herrschaft im Zustande völliger Rechtlosigkeit unter menschenunwürdigen Lebensbedingungen, die ihnen schließlich die Austreibung, wenn sie sie noch erlebten, als Erlösung von unsagbaren Leiden erscheinen ließ.

Im Gesamtvorgang der Vertreibung der ostdeutschen Bevölkerung muß dem Schicksal der Deutschen in den Jahren der russisch-polnischen Herrschaft deshalb besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Sowohl die Flucht, die am Beginn des Vertreibungsprozesses stand, wie die Ausweisung als sein Ende würden weitgehend unverstänlich bleiben und nicht hinreichend zu erklären sein ohne Betrachtung der dazwischen liegenden Zeit, die die Deutschen jenseits von Oder und Neiße seit 1945 unter der Herrschaft der Russen und Polen in ihrer Heimat erlebten.

Nachdem Deutschland militärisch besiegt war, entwickelte sich die Lage in den deutschen Ostgebieten, in Danzig und in Polen für die dort lebende deutsche Bevölkerung sehr unterschiedlich.

Völlig abgesondert von den übrigen ostdeutschen Provinzen wurde der Nordteil von Ostpreußen, der durch die Potsdamer Beschlüsse der Alliierten unter die Verwaltung der UdSSR, ge-

stellt worden war. Im Unterschied zu diesem Gebiet erlebte die deutsche Bevölkerung im südlichen Ostpreußen, in Danzig, Ostpommern, Ostbrandenburg und Schlesien zunächst zwar ebenfalls mehrere Monate oder zumindest einige Wochen russischer Besatzung, kam aber später unter polnische Verwaltungshoheit.

Ein wiederum anderes Los traf die Deutschen in den alten polnischen Gebieten, die ohne vorübergehende russische Besatzungszeit sofort nach Ende der Kampfhandlungen in den wiedererrichteten polnischen Staat zurückgegliedert wurden.

Für die Darstellung empfiehlt es sich deshalb, zuerst die Hergänge im nördlichen Ostpreußen, dann die Entwicklung in den übrigen ostdeutschen Reichsgebieten und schließlich das Schicksal der Deutschen im polnischen Staatsgebiet zu betrachten. ...<<

>>... Anders als im nördlichen Teil Ostpreußens blieb die sowjetrussische Militärverwaltung in den übrigen Gebieten Ostdeutschlands auf eine kurze Übergangszeit beschränkt, die mit der Besetzung bis Mai 1945 begann und mit der Verwaltungsübergabe an die Polen spätestens im Herbst 1945 endete. Je nach dem Zeitpunkt der Eroberung und der Verwaltungsübergabe an polnische Behörden war die sowjetische Militärverwaltung in den einzelnen Gegenden und Orten östlich der Oder-Neiße-Linie von unterschiedlicher Dauer.

In vielen Orten und Kreisen Niederschlesiens und Ostpommerns hat sich nach dem Ende der Kampfhandlungen zunächst ein mehrere Monate dauerndes Provisorium gebildet, das ohne polnische Mitwirkung allein durch die Maßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht bestimmt wurde und sich in vieler Hinsicht deutlich von der darauffolgenden Zeit der polnischen Verwaltung abhebt. Dagegen scheint für Oberschlesien, für Teile des südlichen Ostpreußens und vor allem für Danzig eine exakte Unterscheidung zwischen sowjetischer Besatzungs- und polnischer Verwaltungszeit kaum möglich zu sein, da in diesen Gebieten außer den russischen Truppen von Anfang an polnische Miliz, polnische Behörden und zahlreiche polnische Zivilpersonen neben- und durcheinander Einfluß ausübten.

Trotz solcher weitgehenden Verschiedenheiten in den einzelnen Gebieten kann jedoch insofern von einer allgemeinen sowjetischen Besatzungszeit gesprochen werden, als in allen deutschen Ostgebieten bestimmte von der sowjetischen Militärverwaltung ausgehende Maßnahmen durchgeführt wurden, und in allen Gebieten auf die Eroberung zunächst eine Zeit folgte, in der in erster Linie die sowjetischen Truppen und Befehlshaber das Schicksal der Deutschen bestimmten. –

Bei vielem, was nach der Eroberung Ostdeutschlands durch die sowjetische Besatzungsmacht angeordnet oder durch einzelne ihrer Angehörigen in die Wege geleitet wurde, fällt es mitunter schwer, zu unterscheiden, wo es sich um Maßnahmen handelte, die im Interesse der Okkupationsmacht für nötig gehalten wurden, wo um Härte und Grausamkeit und bloße Schikane, und ob diese immer beabsichtigt waren oder nur menschlichem bzw. organisatorischem Unvermögen entsprangen.

So wurde die ohnedies durch die Flucht und die Kriegsergebnisse durcheinandergeschüttelte Bevölkerung weiterhin durch Räumungs- und Evakuierungsmaßnahmen in Atem gehalten, vor allem, solange die Kriegshandlungen fortgingen.

In Ostbrandenburg, das den sowjetischen Armeen im Frühjahr 1945 als Aufmarschraum für den Kampf um Berlin diente, ist im Februar 1945 eine 25 km breite Zone an der Oder geräumt und die deutsche Bevölkerung in weiter ostwärts gelegene Kreise evakuiert worden. Eine ähnliche Evakuierungszone entstand im März/April 1945 in Ostpommern, wo ein 15 km breiter Streifen längs der Ostseeküste aus militärischen Gründen der sowjetischen Armeeführung von der Landbevölkerung geräumt werden mußte.

Vorübergehende Evakuierungen dieser Art erfolgten im Zuge der Besetzung des Landes auch überall dort, wo die Front längere Zeit stillstand und eine Zusammenarbeit der deutschen Zivilbevölkerung mit deutschen Truppen befürchtet wurde. Schon im Samland waren aus die-

sem Grunde viele Deutsche nach Osten verschleppt worden, und auch in Schlesien sind im Zuge solcher Maßnahmen durch die Rote Armee viele Tausende von Menschen in alle Winde zerstreut worden. Erst im Sommer 1945 hörten diese Menschenverschiebungen allmählich auf, und die Deutschen konnten Hoffnung schöpfen, in ihrer Heimat oder in den Orten, in denen sie Unterkunft gefunden hatten, wieder sesshaft zu werden. ...

Grundsätzlich bestand Arbeitspflicht für die gesamte männliche und weibliche deutsche Bevölkerung von 15-65 Jahren. Da es in denjenigen Orten, in denen sich noch Tausende von Deutschen aufhielten, nicht genügend sinnvolle Beschäftigung gab, wurden Arbeiten erfunden.

Zweifellos spielte dabei neben dem Vergeltungstrieb der durch deutsche Maßnahmen in den russischen Besatzungsgebieten aufgereizt worden war, auch ein gewisser revolutionärer Fanatismus gegenüber der bürgerlichen Wohlhabenheit der Deutschen eine nicht unwesentliche Rolle.

Eine der ersten und der qualvollsten Arbeiten, zu denen die Deutschen herangezogen wurden, war das Aufsuchen und die Bestattung der Leichen und Tierkadaver, die infolge der Kämpfe und der vielen wahllosen Erschießungen in den Tagen des Einmarsches in den Ortschaften und auf den Landstraßen oft schon seit mehreren Wochen herumlagen. Zu besonders unangenehmen Arbeiten suchten sich die sowjetischen Wachtposten vielfach bevorzugt solche Personen aus, in denen sie "Kapitalisten" sahen.

Obwohl diese Zwangsarbeiten manche Schikane mit sich brachten und im allgemeinen auch äußerst anstrengend und erschöpfend waren, da bei langen Arbeitszeiten auch von Frauen schwerste Männerarbeit verlangt wurde, blieb die Arbeit unter russischer Leitung für die deutsche Bevölkerung auch später, als der Arbeitszwang nachließ, die einzige Möglichkeit des Existierens; denn nur diejenigen, die arbeiteten, erhielten Verpflegung, und überdies bot die Arbeit unter Aufsicht sowjetischer Wachen einen gewissen Schutz vor Übergriffen und Beraubungen.

Noch immer kamen nämlich trotz ausdrücklicher Verbote der sowjetischen Kommandanturen sowohl Vergewaltigungen als auch Plünderungen, ja selbst Erschießungen durch einzelne russische Soldaten und Überfälle marodierender Banden keineswegs vereinzelt vor. Am häufigsten ereigneten sich die Übergriffe auf dem Lande, wo die sowjetischen Kommandanturen oft viele Kilometer weit entfernt waren; aber auch in Städten wie Breslau, Danzig, Stettin sowie in den dicht besiedelten Orten des oberschlesischen Industriegebietes haben die sowjetischen Befehlshaber nicht vermocht, Plünderungen und Vergewaltigungen zu verhindern. Erklärte Antifaschisten, ja selbst deutsche Juden hatten darunter bisweilen ebenso zu leiden wie ehemalige Parteiangehörige.

Noch am günstigsten hatten es diejenigen Deutschen, die im persönlichen Dienst russischer Offiziere standen, so z.B. Frauen, die für die Kommandanturen kochen, waschen oder schneidern mußten. Sie wurden im allgemeinen gut behandelt, erhielten regelmäßige Verpflegung und lernten die Russen mitunter von einer besseren Seite kennen. Eine gewisse Sonderbehandlung erfuhren auch die deutschen Arbeiter im oberschlesischen Industriegebiet. Dort traten bei den Maßnahmen der russischen Militäradministration sehr bald wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund.

Ein erheblicher Teil der Bergarbeiter und Fachkräfte, die man zunächst fast sämtlich in Sammelager interniert hatte, wurde auf Reklamation der einzelnen russischen Kommandanturen freigegeben. Sie konnten nach ersten Notstandsarbeiten meist an ihre alten Arbeitsplätze zurückkehren und erhielten bevorzugte Verpflegung. ...<<

### **Plünderungen und Zerstörungen in Ostdeutschland**

Zur vollständigen Räumung der deutschen Ostprovinzen setzten die sowjetischen Besatzer z.T. spezielle Arbeits- bzw. Reparationskolonnen ein, die das gesamte Privat- und Staatsei-

gentum der Deutschen einsammelten, demontierten und abtransportierten. Die Reparationskommandos beteiligten sich gewöhnlich nicht an den schweren Demontage- und Transportarbeiten. Sie erteilten nur Befehle und ließen die deutschen Zwangsarbeiter schuften.

Vollbeladene Lastkraftwagen und Güterzüge brachten die Kriegsbeute täglich in die Sowjetunion. Nach und nach wurden sämtliche beweglichen Gegenstände (Landmaschinen, Ackergeräte, Getreidevorräte, Möbel, Fahrräder, Radios, Fotoapparate, Klaviere, Betten, Wäsche, Kleidung, Schuhe u.a.) abtransportiert.

Zum Abschluß folgten die Demontage und der Abtransport aller Maschinen und Einrichtungsgegenstände der Industrie- und Versorgungsbetriebe, Verkehrseinrichtungen, Handelsunternehmen und der Geschäfte. Die Demontage- und Plünderungstrupps erfaßten manchmal sogar unbewegliche Gegenstände, die man gewöhnlich als "niet- und nagelfest" bezeichnete (wie z.B. Holzfußböden, Türzargen, Fenster, Holztreppe, Strom- und Wasserleitungen, Klosettanlagen, Waschbecken oder Badewannen). Für viele sowjetische Reparationsbeauftragte zählte vor allem die Masse und nicht die Qualität der Plünderungsgüter.

Im Verlauf der Demontagen und Transporte wurde vielfach unordentlich und schlampig gearbeitet, so daß zahllose wertvolle Maschinen und Einrichtungsgegenstände völlig ruiniert und zerstört wurden.

Die Landwirtschaft wurde sträflich vernachlässigt. Es wurde nicht gesät, sondern nur geerntet. Das wertvolle Zuchtvieh wurde größtenteils planlos abgeschlachtet oder es fiel Seuchen zum Opfer, die sich wegen mangelnder Pflege überall ausbreiteten.

Zur sowjetischen "Kultur" gehörte natürlich auch "Bequemlichkeit". Falls Brennholz benötigt wurde, holte man es nicht aus den nahen Wäldern, sondern man verheizte kurzerhand Tragbalken und Fußbodenbretter der Scheunen und Wohnhäuser. Nicht wenige Gebäude, die man gerade notdürftig instand gesetzt hatte, wurden kurzerhand abgerissen und verfeuert. Bevor die sowjetischen Besatzungstruppen Ostdeutschland räumten, machten sie schließlich vielerorts "reinen Tisch", d.h. sie schlugen alles "kurz und klein".

Die sowjetischen Plünderungs- und Zerstörungsaktionen erschienen im ersten Moment plan- und sinnlos. Für den informierten Beobachter war es jedoch offensichtlich, daß es sich bei der Ausplünderung und Verwüstung der deutschen Ostgebiete, die vereinbarungsgemäß von den Polen übernommen werden sollten, um staatlich gelenkte Aktionen handelte. Nach Stalins Plänen sollten die Polen außer dem Grund und Boden der Deutschen keine weitere Kriegsbeute erhalten. Das Ausmaß der systematischen Plünderungen und Zerstörungen war geradezu unvorstellbar. Infolge von äußerst schwierigen Verhandlungen gelang es den Polen, wenigstens die Anlagen und Maschinen des oberschlesischen Industriegebietes zu retten.

Nach dem Abzug der sowjetischen Reparationskolonnen (im Oktober 1945) tauchten außerdem urplötzlich Tausende von polnischen "Umsiedlern" und Geschäftemachern in den "Wiedergewonnenen Gebieten" auf. Sie führten vielerorts weitere "Restdemontagen" durch und verschwanden anschließend wieder nach Polen.

In der CSR erhielten die sowjetischen Truppen kein unbegrenztes Plünderungsrecht, deshalb blieb das Sudetenland bis auf wenige Ausnahmen von sowjetischen Plünderungen und Zerstörungen verschont. Die Sudetendeutschen wurden jedoch später durch Tschechen und Slowaken vollständig ausgeplündert.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die Plünderungen und Zerstörungen in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/100E-102E): >>... Abgesehen von geringfügigen Aufräumarbeiten traf die sowjetische Militärverwaltung kaum irgendwelche Maßnahmen zum Wiederaufbau oder zur Inangsetzung der Betriebe.

Vielmehr wurde die deutsche Bevölkerung in den Städten mit dem systematischen Abbau allen wertvollen Inventars beschäftigt. Nicht genug damit, daß sämtliche Radio- und Photoappa-

rate, alle Fahrräder, Schreibmaschinen und Klaviere abgeliefert werden mußten, auch die Maschinen und Apparate aus den Fabriken, Versorgungsbetrieben und Wohnstätten, öffentliche Verkehrseinrichtungen, elektrische Anlagen sowie Inventar aus Schulen, Rathäusern, Hotels, Krankenhäusern u.a. wurden abgebaut und nach Rußland verladen. -

Die Sowjetunion, die außenpolitisch den Anspruch der kommunistischen polnischen Regierung auf Ostdeutschland guthieß und unterstützte, hat nichts destoweniger alles getan, um vor der Auflösung ihrer Kommandanturen in Ostdeutschland und vor Übergabe der Verwaltung an den polnischen Staat aus den deutschen Ostprovinzen an wirtschaftlichen Werten herauszuholen, was noch irgend möglich war.

Vom Frühjahr bis zum Herbst 1945 hat sie durch ihre Besatzungsorgane den Abbau wertvoller Industrieeinrichtungen und den Abtransport von Sachgütern mit äußerster Intensität und Beschleunigung betreiben lassen und hat hierbei auch durch eine Haltung des Gewährenlassens ihren Besatzungssoldaten und -Offizieren gestattet, sich persönlich an deutschem Eigentum zu bereichern. - Von den radikalen sowjetischen Demontagen in Ostdeutschland blieb nur das oberschlesische Industriegebiet bis zu einem gewissen Grade verschont.

Hier ist es nur zum Abbau einzelner Anlagen und Maschinen gekommen, im ganzen jedoch scheint die polnische Provisorische Regierung, die schon im Frühjahr 1945 die Zivilverwaltung in Oberschlesien übernommen hatte, durch ihren Einfluß oder durch Verhandlungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht erreicht zu haben, daß die Demontagen auf ein Maß beschränkt blieben, das die Produktionsfähigkeit des oberschlesischen Industriegebietes nicht in Frage gestellt hat.

Die Folge der umfangreichen Demontagen und Zerstörungen war, daß selbst die dringend notwendigen Versorgungsbetriebe stillgelegt wurden. Die sowjetische Reparationsentnahme blieb indessen nicht auf die Städte und Industrieanlagen beschränkt, auch die Landwirtschaft wurde von ihr aufs stärkste betroffen. Der größte Teil der landwirtschaftlichen Maschinen, vor allem aber auch zahlloses Vieh wurde nach Osten weggeschafft. Schon beim Einzug der Sowjettruppen wurden für militärische Zwecke Tausende von Pferden requiriert; später erschienen immer neue sowjetische Kommandos auf den Höfen der deutschen Bauern, um auch die Kühe, Schweine, Ziegen und Schafe, ja selbst das Geflügel zu beschlagnahmen.

Alle Ostdeutschen, die die Zeit der sowjetischen Militärverwaltung in ihrer Heimat erlebten, kennen aus eigener Anschauung die riesigen Viehherden, die im Frühjahr und Sommer 1945 nach Osten geleitet wurden, oder wurden auf Befehl der Russen selbst zum Viehtreiben beordert und mußten es mit ansehen, wie wertvolles Nutz- und Zuchtvieh auf dem Wege nach dem Osten verendete.

Durch diese sowjetischen Maßnahmen wurde die landwirtschaftliche Kapazität der deutschen Ostgebiete auch für die nun eindringenden Polen entscheidend geschwächt. Wo einst eine sehr rationell arbeitende Landwirtschaft betrieben wurde, mußte man jetzt, sofern das Land überhaupt noch bebaut werden konnte, zu primitivsten Wirtschaftsmethoden und hunderterlei Notbehelfen greifen.

Eine gewisse Ausnahme bildeten während des allgemeinen Niedergangs der Landwirtschaft lediglich die großen Güter. Im Gegensatz zu den kleinen Bauernhöfen, um deren Bewirtschaftung sich die sowjetische Militärverwaltung in der Regel wenig kümmerte, so daß sie nach Entnahme des Viehs und der Maschinen ausgeraubt und in ruiniertem Zustand ihren Besitzern überlassen oder leer und verlassen dem Verfall preisgegeben blieben, ist ein großer Teil der Rittergüter und Domänen von der sowjetischen Militärverwaltung beschlagnahmt und unter Aufsicht sowjetischer Militärkommandos in Betrieb genommen worden.

Während der größte Teil der Äcker infolge des Mangels an Arbeitskräften, Maschinen und Vieh brach lag, wurden auf den von der Roten Armee in Besitz genommenen Gütern die deutschen Landbewohner aus der Umgebung versammelt, auch Vieh und nötiges Inventar zur

Wiederaufnahme der Bewirtschaftung zusammengebracht.

Ein erheblicher Teil der deutschen Landbevölkerung arbeitete bis zur Beendigung der Ernte- und Drescharbeiten im Herbst 1945 auf diesen in russische Militärkolchosen umgewandelten Gütern. Selbst aus den Städten wurden Deutsche zusammengeholt und nicht wenige gingen auch freiwillig dorthin, um für ihre Arbeit Lebensmittel zu erhalten.

Manche der sowjetischen Militärkolchosen blieben noch in russischer Hand, als sonst bereits überall die polnische Verwaltung eingerichtet worden war. Einzelne, besonders in Niederschlesien, waren wirtschaftlich leidlich geordnet; in einigen hatten sogar deutsche Verwalter die Leitung. Sehr viele dieser Güter waren aber nur in Betrieb genommen worden, um das Getreide, das im Sommer 1945 auf den Feldern stand, zu ernten und für die Versorgung der sowjetischen Truppen zu gewinnen. Nachdem dieses Ziel erreicht war, verlor die sowjetische Militärverwaltung das Interesse an ihnen, trieb auch hier das Vieh ab und verlud die Maschinen nach Rußland. Es kam sogar vor, daß die russischen Erntekommandos vor ihrem Abzug die Einrichtungen der Gutshöfe mutwillig zerstörten, um den Polen nichts zu überlassen.

Für eine große Anzahl von Deutschen brachte die Beschäftigung auf den sowjetischen Kolchoswirtschaften wenigstens den Vorteil, daß ihnen eine, wenn auch noch so armselige Existenzgrundlage gegeben war. Nicht immer reichte auch hier die ausgegebene Verpflegung aus, um den Hunger der schwer Arbeitenden zu stillen; aber viele hatten wenigstens Gelegenheit, sich während der Ernte heimlich das Nötigste an Nahrungsmitteln zu verschaffen. ...<<

### **"Wilde Austreibungen" der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Jugoslawien**

In den Grenzgebieten östlich der Oder und Neiße sowie im Sudetenland begann die erste Phase der Vertreibung schon Ende Mai und Anfang Juni 1945. Ab Ende Mai 1945 besetzten Soldaten, Milizionäre und Partisanen die Dörfer und Städte, um die deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Die Ausgetriebenen durften lediglich etwas Gepäck zusammenraffen und mit Handwagen oder Schubkarren transportieren.

Die Deutschen wurden dann von den Soldaten und Milizangehörigen in tagelangen qualvollen Märschen an die Oder bzw. Neiße getrieben. In den Städten wurde die deutsche Bevölkerung ebenfalls zwangsweise aus ihren Wohnungen vertrieben und meistens in geschlossenen Eisenbahntransporten abgeschoben. Im Verlauf der langen Märsche, auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen plünderte und raubte man die Deutschen regelmäßig vollständig aus.

Die Deutschen wurden anschließend durch Soldaten, Milizeinheiten und Partisanen gewalt- sam über die Grenzflüsse nach Westen in die sowjetische Besatzungszone (spätere DDR) ge- trieben, so daß sich Hunderttausende von Heimatlosen am westlichen Ufer von Oder und Nei- ße zusammendrängten.

In den mitteldeutschen Städten verursachten die riesigen Menschenmassen in den letzten Juni- tagen und im Juli 1945 chaotische Verhältnisse, die durch totale Überfüllung, Hunger, Durst, Obdachlosigkeit und Ratlosigkeit geprägt wurden. Dieses Chaos wurde zusätzlich durch die ostdeutschen Flüchtlinge vergrößert, die nach der gescheiterten Flucht vor der Roten Armee in ihre Heimat zurückkehren wollten, aber nicht mehr über die Oder und Neiße nach Osten durf- ten.

Bei den radikalen Austreibungsaktionen im unmittelbaren Hinterland der Oder-Neiße-Linie handelte es sich um zentral geleitete Aktionen der Polen und Tschechen, die bereits vor der Potsdamer Konferenz vollendete Tatsachen schaffen wollten. In Ostpommern, Ostbranden- burg und Niederschlesien trieb man damals etwa 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem öst- lichen Hinterland der Oder und der Neiße, während etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeut- sche aus der Tschechoslowakei "entfernt" wurden.

Diese "wilden Austreibungen", bei denen mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen vertrieben wurden, stellte man (vermutlich auf sowjetische Weisung) erst unmittelbar vor Be-



ginn der Potsdamer Konferenz ein. Die westlichen Alliierten erhielten über diese "wilden Austreibungen" nur spärliche und größtenteils falsche Informationen. Da der "eiserne Vorhang" schon frühzeitig undurchdringlich war, wußten nur die Sowjets, Polen und Tschechen, was tatsächlich in den sog. "Wiedergewonnenen Gebieten" geschah.

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1954 über die "wilden Austreibungen" in den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie (x001/140E-143E): >>Die Ausweisung der deutschen Bevölkerung, die sich nach der Besetzung Ostdeutschlands noch in den Gebieten östlich der Oder und Neiße befand oder dorthin zurückgekehrt war, vollzog sich in einzelnen zeitlich begrenzten Etappen als ein Prozeß, der mehrere Jahre in Anspruch nahm und erst in der unmittelbaren Gegenwart abgeschlossen zu sein scheint.

Innerhalb dieses Zeitraumes von mehreren Jahren veränderten sich nicht nur die polnischen Methoden der Ausweisung, auch die politischen und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen und Absichten, die ursprünglich zu einer forcierten und beschleunigten Ausweisung der Deutschen gedrängt hatten, machten entgegengesetzten Bestrebungen Platz, so daß schließlich die Ausweisung der letzten noch unter polnischer Herrschaft stehenden Deutschen immer mehr verzögert wurde.

Die Politik gegenüber der restlichen deutschen Bevölkerung zielte schließlich nach Jahren nicht mehr auf die Ausweisung, sondern machte im Gegenteil jede Ausreise der Deutschen geradezu unmöglich und drängte sie mit allen Mitteln dazu, im Lande zu bleiben und die polnische Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Zu Beginn der polnischen Verwaltung Ostdeutschlands war der Austreibungswille noch uneingeschränkt herrschend. Ehe noch die Potsdamer Konferenz getagt hatte und ein offizieller Beschluß der Siegermächte über die Ausweisung der ostdeutschen Bevölkerung vorlag, begannen die polnischen Behörden bereits, die Deutschen entweder durch systematischen Druck und wiederholte Aufforderung zur Ausreise zu bewegen oder sie kurzerhand gewaltsam aus ihren Wohnorten zu vertreiben.

In der Zeit vor dem Potsdamer Abkommen war es vor allem die deutsche Bevölkerung Danzigs, die diesem Druck unterlag. Hatte man sich schon bei der Einrichtung polnischer Behörden in Danzig aus offensichtlichen politischen Gründen besonders beeilt, so sollte aus den gleichen Motiven auch die Entfernung der Deutschen aus Danzig so schnell wie möglich beendet sein.

Schon im Juni 1945 wurde die deutsche Bevölkerung der Stadt durch öffentliche Anschläge dringend zur Ausreise aufgefordert. Diejenigen Deutschen, die - durch ihre bisherigen Erlebnisse unter Russen und Polen zermürbt - diesen Aufforderungen Folge leisteten, erhielten von den polnischen Behörden Ausreisescheine und wurden in Eisenbahnzügen nach Westen über die Oder transportiert. Neben den öffentlichen Aufforderungen wurden jedoch auch massivere Maßnahmen zur Verdrängung der Deutschen durchgeführt.

Ganze Straßenzüge wurden zwangsweise durch polnische Miliz von Deutschen geräumt und die innerhalb kürzester Frist aus ihren Wohnungen Vertriebenen in geschlossenen Eisenbahntransporten, meist in Richtung Stettin, abgeschoben.

Die Regelmäßigkeit, mit der von Danzig aus Züge mit Vertriebenen nach Westen abgingen, durch Pommern hindurchfahren und auf dem Bahnhof Stettin-Scheune ankamen, reizte zahlreiche beutelustige Polen und auch russische Soldaten zu fortgesetzten Beraubungen. Nicht selten bildete sich auf den Bahnhöfen und Zwischenstationen ein regelrecht organisiertes Plünderungs- und Raubsystem aus, dem kaum einer der Deutschen entging.

Die Folge der radikalen polnischen Maßnahmen und der unerträglich gewordenen Lebensverhältnisse war, daß die Mehrzahl der über hunderttausend Deutschen, die noch nach der Eroberung in Danzig wohnten, sofern sie nicht in polnische Lager oder zur Zwangsarbeit nach Ruß-

land deportiert worden waren, bereits im Sommer 1945 Danzig verließen. Am Ende des Jahres 1945, als in manchen anderen Orten östlich der Oder und Neiße noch keinerlei Ausweisungen stattgefunden hatten, lebten in Danzig nur noch einige Zehntausend Deutsche.

War in Danzig bei der Aussiedlung der Deutschen noch weitgehend der Anschein der Freiwilligkeit gewahrt worden, so hatten die Polen Ende Juni 1945 bereits eine noch umfassendere und radikalere Austreibungsaktion begonnen, von der ganz Ostbrandenburg, aber auch die westlichen Teile Ostpommerns und Niederschlesiens betroffen wurden.

Offenbar handelte es sich dabei nicht um ein Vorgehen der einzelnen örtlichen polnischen Behörden, sondern um eine von höchster polnischer Stelle zentral geleitete Aktion, hinter der sehr wahrscheinlich der politische Zweck stand, das unmittelbare Hinterland der Oder-Neiße-Linie möglichst von Deutschen frei zu machen und diese von den Polen geforderte Grenzlinie bereits vor der Potsdamer Konferenz in gehöriger Weise als solche zu markieren.

Die Austreibung der deutschen Bevölkerung aus diesen nahe an der Oder und Neiße gelegenen Gegenden schien den Polen um so einfacher zu sein, als es dazu keiner Eisenbahntransporte bedurfte, die zu dieser Zeit durch die weitgehenden Zerstörungen und Demontagen ganz erheblich erschwert gewesen wären.

Von der Ostsee im Norden bis nach Schlesien im Süden geriet das Hinterland der Oder und Neiße in einer Tiefe von 100-200 km in den letzten Junitagen schlagartig in Bewegung. Überall erschienen polnische Soldaten, mitunter auch polnische Miliz, besetzten die Dörfer und Städte, sperrten die Ausgänge und befahlen das Verlassen der Häuser und die Sammlung aller deutschen Einwohner innerhalb kürzester Frist.

Mit einigem schnell zusammengerafften Gepäck, das auf Handwagen und Schubkarren verpackt oder auf dem Rücken getragen werden mußte, wurden die Deutschen aus ihren Wohnungen vertrieben und zu einem Zuge formiert. Dieser setzte sich nach Westen in Bewegung, traf unterwegs mit anderen Zügen zusammen und gelangte schließlich nach tagelangen qualvollen Märschen, auf denen das aus Soldaten und Milizangehörigen bestehende Begleitpersonal Plünderungen und Gewalttaten verübte, an die Oder bzw. die Neiße.

Dort drängten sich bald ungeheure Massen zusammen, die über die wenigen Flußübergänge nach Westen getrieben und am anderen Ufer, im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone, sich selbst überlassen wurden. In den Städten hinter den Flußübergängen, vor allem in Stettin, Küstrin, Frankfurt, Cottbus und Görlitz, entstanden infolge der plötzlichen Vertreibung von Hunderttausenden aus Ostdeutschland in den letzten Junitagen und den folgenden Wochen im Juli 1945 eine ungeheure Überfüllung und ein durch Hunger, Obdachlosigkeit und völlige Ratlosigkeit der zusammengepferchten Massen gekennzeichnetes Chaos.

Dies vervielfachte sich noch dadurch, daß sich hier gleichzeitig alle jene zusammenfanden, die nach der Flucht vor der Roten Armee wieder nach Ostdeutschland zurückkehren wollten, aber nicht über die Oder und Neiße nach Osten hinübergelassen wurden.

Keine Etappe der späteren Ausweisungen verlief unter ähnlich unmenschlichen und so brutalen Methoden wie diese erste, noch vor dem Abschluß des Potsdamer Abkommens vollzogene Vertreibung des größten Teils der ostbrandenburgischen Bevölkerung und zahlreicher Deutscher aus Ostpommern und Niederschlesien.

Nachdem Hunderttausende von Deutschen Ende Juni/Anfang Juli unter demütigendsten und entehrendsten Bedingungen von Haus und Hof verjagt worden waren, wurde diese Aktion ebenso plötzlich, wie sie begonnen hatte, gegen Mitte Juli gestoppt. Offenbar geschah dies auf Einspruch der sowjetischen Befehlshaber, die sich der Ausweisung der Deutschen hier und da bereits vorher hemmend in den Weg gestellt, teils sogar die Oderübergänge nicht freigegeben hatten.

Sicher war dabei die Rücksicht auf die Wirkung, die das Bekanntwerden dieser Aktion auf die verbündeten Westmächte haben würde, mitbestimmend, vor allem aber die Befürchtung, daß

eine Fortsetzung dieser radikalen Austreibungen im angrenzenden Gebiet der sowjetischen Besatzungszone katastrophale Zustände schaffen würde.

Nur diesem Umstand war es zu verdanken, daß es in Oberschlesien, wo die Polen, besonders im Kreis Neiße und Umgebung, ebenfalls in den letzten Junitagen damit begonnen hatten, die Deutschen systematisch aus ihren Wohnungen zu vertreiben und sie entweder in Lager einzuliefern oder einfach aus ihren Wohnorten zu verjagen, nicht mehr zu einer effektiven Austreibung kam. Hier wie auch in Niederschlesien, Ostbrandenburg und Ostpommern durften die Vertriebenen, nachdem sie oft viele Kilometer von ihren Wohnorten entfernt waren, wieder zurückkehren, weil die geplante Aktion plötzlich abgebrochen worden war. Selbst von denen, die bereits westlich der Oder-Neiße-Linie angelangt waren, kamen einige wieder in ihre Heimat zurück.

Dennoch hat diese erste, auf den Zeitraum von 2-3 Wochen beschränkte, aber mit äußerster Konsequenz durchgeführte Vertreibungsaktion dazu geführt, daß schätzungsweise 200.000 bis 300.000 Menschen aus dem östlichen Hinterland der Oder und der Neiße aus ihrer Heimat entfernt wurden. Besonders die Dörfer und Städte Ostbrandenburgs waren bis auf einen kleinen Rest von Deutschen, die für die Russen arbeiteten oder aus anderen Gründen von der Austreibung verschont blieben, entvölkert. Desgleichen war im westlichen Teil des Regierungsbezirkes Liegnitz und im Regierungsbezirk Stettin eine erhebliche Verminderung der deutschen Bevölkerung eingetreten.

Nachdem in dieser Weise in dem Landstreifen östlich der Oder-Neiße-Linie eine weitgehende Dezimierung der deutschen Bevölkerung erzielt worden war, konnten sowohl Stalin als auch die Vertreter Polens in Potsdam bei den Westmächten die Vorstellung verbreiten, als befänden sich in den deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße nur noch unerhebliche Reste der deutschen Bevölkerung, was nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, die Bedenken der westlichen Staatsmänner gegen eine Ausweisung der Deutschen zu zerstreuen. ...<<

**CSR:** In Brünn weist Dr. Benesch im Mai 1945 nochmals darauf hin, daß man das sudetendeutsche Problem für "alle Zeiten" erledigen wird und daß die Liquidierung der Deutschen 100%ig sein muß (x025/95).

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1957 über die "wilden Austreibungen" in der CSR (x004/105-115): >>Die Austreibung vor der Potsdamer Konferenz

Das Kaschauer Programm der tschechoslowakischen Regierung der Nationalen Front hatte die Entschlossenheit des neuen Regimes zur Vertreibung aller Sudetendeutschen noch nicht mit voller Deutlichkeit erkennen lassen. Aber alles, was schon gleich nach Kriegsende gegen die Deutschen geplant und durchgeführt wurde, hat ihre Vertreibung, ihren "Abschub" (odsun) vorbereitet und kann nur so verstanden werden.

Der deutschen Bevölkerung in Böhmen und Mähren ist dieser innere Zusammenhang zunächst nicht in voller Klarheit bewußt gewesen; von den diplomatischen Verhandlungen des Exilpräsidenten Benes mit den Alliierten war ihr kaum etwas bekannt, wohl auch nicht auf dem Wege über die sudetendeutschen Sozialdemokraten in London. Ihre Hoffnung richtete sich vielmehr nach den schreckensvollen Erlebnissen des sowjetischen Einmarsches und in den chaotischen Wirren des deutschen Zusammenbruchs darauf, daß die öffentliche Sicherheit und eine intakte Rechtsordnung unter der zu erwartenden tschechischen Verwaltung wiederhergestellt werden möge.

Allerdings sind solche Erwartungen sehr bald durch die sofort einsetzenden Maßnahmen gegen das Deutschtum in den Sudetengebieten aufs bitterste enttäuscht worden, und bald ließ sich an ihnen auch die Absicht der Tschechen erkennen, die Deutschen aus der wiederhergestellten Republik zu entfernen. Einzelne rücksichtslos durchgeführte Austreibungsaktionen in der allerersten Zeit nach Kriegsende konnten noch als spontane Handlungen radikaler Elemen-

te, begangen im Rausch der wiedererrungenen Freiheit, oder einfach als Exzesse erklärt werden.

Aber als diese Aktionen, wenn auch in unterschiedlichem Umfang, auf ganze Gebiete übergriffen und den ganzen Sommer 1945 hindurch andauerten, wurde ihre Planmäßigkeit deutlicher. An ihrer Durchführung war neben den örtlichen Nationalausschüssen, der Revolutionsgarde und der SNB vor allem auch die Svoboda-Armee, die mit der Roten Armee eingerückte tschechische Befreiungsarmee unter dem General Svoboda beteiligt.

Zumeist begann die Austreibung der deutschen Bewohner gleich nach dem Auftauchen der Revolutionsgarde und der Svoboda-Armee in den Grenzgebieten. Überfallartig erschienen bewaffnete Trupps in Ortschaften oder Ortsteilen, riegelten sie hermetisch ab und befahlen den Deutschen, innerhalb kurzer Frist die Häuser zu verlassen und sich an bestimmten Punkten zu sammeln.

Die Betroffenen hatten vielfach nicht einmal die Möglichkeit, die notwendigsten Sachen zusammenzupacken, und wurden rücksichtslos aus den Wohnungen gedrängt. In grenznahen Orten und Bezirken oder auch dort, wo keine Transportmittel zur Verfügung standen, wurden sie sofort in Kolonnen auf die Grenze zu in Bewegung gesetzt.

Von den begleitenden Soldaten oder Revolutionsgardisten zu schnellerem Tempo angetrieben, schleppten sich diese Elendszüge, in denen Frauen mit Kleinkindern und alte und gebrechliche Leute überwogen, unter Verhöhnungen durch die tschechische Bevölkerung und Verbot jeder Hilfeleistung deutscher Bewohner in den durchzogenen Ortschaften, unter Gewalttaten der Begleitmannschaften und Androhung sofortiger Exekution der Zurückbleibenden, die wiederholt auch durchgeführt wurde, in oft tagelangen Märschen den Grenzübergangsstellen zu; am bekanntesten wurden die Leidensmärsche der Brüner Deutschen, der Frauen und Greise aus Jägerndorf und der Männer aus Komotau.

Wenn die Entkräfteten und vor allem alten Leute nicht mehr weiterkonnten, wurden sie in einzelnen Fällen auf Pferdewagen oder LKW zur Grenze geschafft.

Das Gepäck war von vornherein begrenzt, da in den meisten Ausweisungsbefehlen nur die Mitnahme von Handgepäck und zu seiner Beförderung nur Handwagen gestattet wurden. Oft sorgten die tschechischen Begleitmannschaften und örtlichen Behörden dann dafür, daß das Gepäck auf Fuhrwerken oder Lastkraftwagen transportiert werden konnte; vielfach mußte es allerdings auch auf dem ganzen Marsch getragen werden, so daß die Erschöpften nicht selten unterwegs gezwungen waren, noch Teile davon liegen zu lassen.

Schon bei der Überprüfung im Heimatort wurde es durchsucht, später an der Grenze einer "Zollkontrolle" unterworfen und nochmals rigoros verkleinert. Selbst Leibesvisitationen wurden, oft in schamlosester Weise, bei Männern und Frauen vorgenommen.

Jenseits der Grenze waren die Ausgetriebenen sich selbst überlassen. Ihr weiteres Schicksal war den Austreibungskommandos gleichgültig, denn sie sahen ihre Aufgabe nur darin, das Land von den Deutschen zu "reinigen", diese mit geringstem Aufwand auf dem kürzesten Wege außer Landes zu schaffen und sich ihrer so rasch wie möglich zu entledigen. Die aus den Kreisen entlang den schlesischen Gebirgen ausgetriebenen Deutschen wurden davon besonders hart betroffen, denn die Austreibungskommandos versuchten zunächst, die Kolonnen in das polnisch besetzte Schlesien abzuschieben.

Da die Vertriebenen vielfach schon im Grenzstreifen von polnischen Grenzwachern gestellt und wieder zurückgewiesen wurden, die Tschechen ihnen aber die Rückkehr in die Heimatorte verweigerten, irrten sie dann tage- und wochenlang im Grenzgebiet umher oder schlugen sich unter furchtbaren Entbehrungen und Bedrängnissen in Fußmärschen nach Sachsen durch, wobei viele durch Hunger und Entkräftung zugrunde gingen. Nur wenige konnten in ihre Heimatorte zurückkehren.

Diejenigen, die auf schlesisches Gebiet gelangt waren, gerieten in die gleichzeitigen polni-

schen Austreibungsaktionen. Andere, die nach Schlesien abzuschieben den Tschechen nicht gelungen war oder die von der polnischen Miliz wieder auf das Gebiet der CSR zurückgeschafft worden waren, wurden schließlich auf tschechischer Seite in Lager eingewiesen und dann in Eisenbahnzügen nach Sachsen abtransportiert.

Außer im Fußmarsch wurden Deutsche aus dem östlichen und nördlichen Sudetenland auch in Bahntransporten mit offenen Waggons abgeschoben, in denen 30-60 Menschen samt Gepäck zusammengepfercht wurden. Diese Transporte gingen in oft mehrtägiger Fahrt bis zur sächsischen Grenze, auch nach Sachsen selbst und bis nach Brandenburg.

Da aus dem Sudetenland und gleichzeitig aus dem benachbarten Schlesien in kurzer Zeit Hunderttausende Vertriebene nach Sachsen einströmten, ballten sich hier riesige Menschenmassen zusammen, zumal sich noch in diesem Gebiet die Masse der schlesischen Flüchtlinge staute, die nach Beendigung der Kampfhandlungen zu ihren Heimatorten zurückstrebten und denen polnische Miliz den Übergang über die Lausitzer Neiße in östlicher Richtung verwehrete.

Phantastische Gerüchte steigerten die Ratlosigkeit der Menge, die wegen der akuten Hungersnot und Seuchengefahr plan- und ziellos von Ort zu Ort geschoben wurde. Manche verloren hier noch durch marodierende Sowjetsoldaten das letzte gerettete spärliche Gepäck.

Zu gleichen Austreibungsaktionen kam es in den Österreich benachbarten deutschen Sprachgebieten. Die Abgeschobenen mußten hier fast ausschließlich zu Fuß und unter den gleichen Bedingungen wie im Norden des Landes ihre Heimat verlassen. Vielerorts verhafteten die Partisanenkommandos angesehenen Bürger als Geiseln unter Androhung von Repressalien bei einer Störung der Austreibungsaktion oder zwangen die Einwohner durch Terror zur Flucht über die Grenze.

Die ohnehin seit Mitte Mai in Lagern internierte Bevölkerung der Iglauer Sprachinsel wurde noch im Juni in einzelnen Transporten nach Österreich geschafft oder, wo dies nicht gelang, zur Zwangsarbeit herangezogen. Am berüchtigsten wurde die allgemein als Todesmarsch bezeichnete Austreibung der Brüner Deutschen.

Über zwanzigtausend Männer, Frauen und Kinder, die nicht interniert worden waren, wurden am Vorabend des Fronleichnamstages, am 30. Mai, zusammengetrieben und zur Grenze nach Österreich in Bewegung gesetzt. Die Spitze des Zuges gelangte noch am Abend des folgenden Tages auf österreichisches Gebiet. Als dann die österreichischen Grenzwatchen den weiteren Übertritt verhinderten, brachte man die Masse dieser Zwanzigtausend in Getreidesilos und auf freiem Feld in Pohrlitz unter, wo sie nun wochen- und monatelang unter den entsetzlichsten Bedingungen dahinvegetierten.

Die Arbeitsfähigen wurden herausgeholt und in der Landwirtschaft beschäftigt, die Alten, Gebrechlichen und Mütter mit Kleinkindern - das war der überwiegende Teil der Ausgetriebenen - blieben zurück. Da insbesondere die hygienischen Voraussetzungen für die Unterbringung so vieler Menschen fehlten, raffte eine Typhusepidemie Hunderte der vom Hunger und den Entbehrungen entkräfteten Lagerinsassen hinweg.

In der sowjetischen Besatzungszone Österreichs ging es den ausgetriebenen Sudetendeutschen keineswegs besser als in Sachsen und Brandenburg. Nur allzuoft wurden sie als lästige Eindringlinge empfunden und auch so behandelt. Für viele unter ihnen war der Wanderweg auch noch nicht zu Ende: später, bei Beginn der organisierten Aussiedlung, wurden Zehntausende von Sudetendeutschen mit Eisenbahntransporten aus Österreich in die amerikanische Besatzungszone Deutschlands gebracht.

Der Höhepunkt der ersten "wilden" Austreibungsaktionen lag in den Monaten Juni und Juli. Neben der rigorosen Räumung ganzer Ortschaften und zumeist ländlicher Gegenden, die durchweg in Form plötzlicher Razzien durch bewaffnete Kommandos vor sich ging, wurden auch, örtlich verschieden, bestimmte soziale Stände und Berufsgruppen erfaßt, wie Verwal-

tungsbeamte, Lehrer, Angestellte des öffentlichen Dienstes u.ä.

Wenn auch nicht festzustellen ist, ob und wie weit diese Auswahl nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgenommen wurde, so ist doch das Prinzip deutlich erkennbar, Berufsgruppen, die als Exponenten des deutschen Regimes galten oder die für einen Arbeitseinsatz nicht verwendbaren Personen, vorwiegend alte Leute und Mütter mit mehreren Kindern, zuerst abzuschicken. Die Entscheidung darüber, welcher Personenkreis ausgetrieben werden sollte, hing offenbar auch vom Gutdünken des jeweiligen Národní Výbor, der Verwaltungskommissionen oder des Militärkommandanten ab.

Es kam vor, daß auch Fachkräfte, die man für die Fortsetzung der Arbeit in den Versorgungsbetrieben oder die Wiederaufnahme der Produktion in den Fabriken dringend benötigte, ausgetrieben wurden. Oft sind nicht nur örtliche Lebensgemeinschaften, sondern auch Familien auseinandergerissen worden, indem einzelne Familienangehörige als zunächst unentbehrliche Arbeitskräfte zurückgehalten oder zum Arbeitseinsatz in tschechisches Gebiet geschafft wurden.

Die Aufrufe zum Abschub wurden entweder in öffentlicher Kundgebung oder in Form von schriftlichen oder mündlichen Einzelbenachrichtigungen durch Soldaten oder Revolutionsgardisten verbreitet. Zumeist blieben den Betroffenen nur wenige Stunden Zeit. Oft wurden sie bewußt erst am Vorabend oder nachts in den Sperrstunden benachrichtigt, um das Ausweichen in einen anderen Ort zu erschweren und zu verhindern, daß noch Sachwerte bei Nachbarn oder auch tschechischen Bekannten versteckt wurden.

Daß es sich bei diesen Austreibungsaktionen sehr oft um planmäßigen Terror handelte, zeigen vor allem die Vorgänge in Saaz und Komotau. Anfang Juni befahl dort die Militärkommandantur allen männlichen Einwohnern im Alter von 13-65 Jahren, sich an bestimmten Plätzen zu sammeln; sie trieb die Saazer nach Postelberg, deportierte einen Teil nach Innerböhmen und wies die anderen in Lager ein, wo sie unter entwürdigenden Verhältnissen bis zur Aussiedlung interniert wurden.

Nach einigen Tagen wurden auch die Frauen und Kinder in Arbeits- und Internierungslagern untergebracht. Ein gleiches Schicksal widerfuhr der männlichen Bevölkerung von Komotau, die am 9. Juni interniert wurde. Nachdem Svoboda-Soldaten und Revolutionsgardisten die aus der Menge ermittelten SS-Leute unter sadistischen Quälereien umgebracht hatten, trieben sie die 8.000-9.000 Männer zur sächsischen Grenze, wo aber Offiziere der Roten Armee den Abschub verhinderten und die endlosen Kolonnen zurückschickten. Die Tschechen teilten sie nun in Lager auf und setzten sie zur Zwangsarbeit ein.

Offenbar dienten diese Aktionen, die auch aus anderen Orten berichtet werden, manchmal nur dem Zweck, die Familien des männlichen Schutzes und der Hilfe zu berauben, um ungestörter plündern und die verängstigten Frauen und Kinder leichter aus den Wohnungen verdrängen zu können, die dann von Tschechen beansprucht wurden.

Überhaupt schien dort, wo eine starke tschechische Minderheit ansässig war und nun weitere Tschechen nachzogen, die Austreibung vorwiegend dadurch ausgelöst worden zu sein, daß die Deutschen den Tschechen allein durch ihre bloße Anwesenheit im Wege standen und auf irgendeine Weise entfernt werden mußten. Das dürfte nicht zuletzt die Erklärung für die Vorgänge sein, bei denen man einzelne Orte völlig von ihren deutschen Bewohnern räumte und die Bevölkerung geschlossen zur Zwangsarbeit abtransportierte oder bis auf weiteres in Lager einwies, um sie dann bei der nächsten Gelegenheit nach Deutschland oder Österreich abzuschicken.

Auch dann noch, als die in Potsdam versammelten Staatsmänner u.a. die Tschechoslowakei aufforderten, die Austreibungen einzustellen, bis der Alliierte Kontrollrat die Empfehlungen für die weitere Behandlung dieser Frage ausgearbeitet hätte, setzte man diese Praktiken fort, die für Zehntausende Sudetendeutscher trostloses Lagerdasein, Zwangsarbeit und völlige

Rechtlosigkeit brachten.

Die Lager, die im Sudetenland zunächst nur für die Aufnahme politisch! belasteter Persönlichkeiten dienen sollten, waren bald überfüllt. Ungeachtet dessen, daß mittlerweile eine Unzahl von Deutschen, für die die politische Strafgesetzgebung nicht zutraf, eingeliefert worden war, wurde in vielen Fällen von den einzelnen Lagerkommandanten eine nach persönlichen Maßstäben ausgerichtete Vergeltungspolitik durchgeführt, unter der alle Personen, gleich ob im Sinne der neuen politischen Gesetzgebung schuldig oder unschuldig, zu leiden hatten.

Bis Ende 1945 schien überhaupt der Willkür der Lagerkommandanten und Wachmannschaften, die sich fast ausschließlich aus Angehörigen der Revolutionsgarde rekrutierten, keine Schranken gesetzt zu sein. Selbst dort, wo es nicht zu unmittelbaren Ausschreitungen kam, wurde der Zustand durch die mangelhafte Ernährung und die improvisierte Unterbringung großer Menschenmassen unerträglich. Vielfach mußten die Lagerinsassen selbst erst die Unterkünfte errichten und die Lager ausbauen.

Infolge der Überfüllung der Lager, der primitiven sanitären Vorkehrungen, die jeder Beschreibung spotteten, der Ungezieferplage und der unhygienischen Verhältnisse forderten Epidemien unter den entkräfteten Insassen zahlreiche Opfer. Besonders hoch war auch hier wieder die Sterblichkeitsziffer unter den Kleinst- und Kleinkindern und den alten Leuten, die nicht zur Arbeit außerhalb der Lager geschickt wurden und keine Möglichkeit besaßen, sich zusätzliche Lebensmittel zu beschaffen.

Für viele war jedoch das korrekte Verhalten einzelner Tschechen, sei es im Amt oder am Arbeitsort, ein Lichtblick in einer sonst trostlosen Lage. Nicht wenige Sudetendeutsche verdankten der persönlichen Hilfsbereitschaft und dem Entgegenkommen mancher Tschechen, vor allem dort, wo durch jahrelanges Zusammenleben eine gegenseitige menschliche Wertschätzung gewachsen war und von der jeweiligen politischen Konstellation unberührt blieb, eine Erleichterung ihres schweren Schicksals.

Eine besondere Würdigung verdient die Hilfsaktion des Tschechen Premysl Pitter für deutsche Kinder, die ihre Eltern durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse, vor allem in den tschechischen Lagern, verloren hatten und in den Massenlagern verwahrlosten und zugrunde gingen. Wie er unter dem nationalsozialistischen Regime den jüdischen und tschechischen Waisen in Heimen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen suchte, nahm er sich jetzt der hilflosen und in den Lagern dem sicheren Untergang ausgesetzten deutschen Kinder an, brachte sie gegen den anfänglichen Widerstand der tschechischen Behörden in den von ihm errichteten Heimen unter und rettete Hunderten von ihnen das Leben.

Mitunter wurden auch einzelne Sudetendeutsche, die in Lager eingewiesen worden waren, von den Betrieben, in denen sie gearbeitet hatten, zurückgefordert und so vor dem Lagerleben bewahrt.

Im ganzen waren im Verlauf der ersten Austreibungswelle etwa 700.000 bis 800.000 Sudetendeutsche aus der Tschechoslowakei, in erster Linie aus dem Ostsudetenland, den Industriebezirken des Nordsudetenlandes, der Iglauer Sprachinsel, den südmährischen Kreisen und aus Brünn entfernt worden, davon schätzungsweise 150.000 nach Österreich. Zehntausende waren in Lager eingewiesen oder nach Innerböhmen und Innermähren zum Arbeitseinsatz verschleppt worden.

Die Masse der Deutschen saß aber noch in den Heimatorten. Sie sah sich auch weiterhin einem unverminderten Druck ausgesetzt, und viele von ihnen zwang der individuelle Terror in den Herbstmonaten zum Verlassen der Heimat. Daneben schoben die Tschechen auch jetzt noch kleinere Transporte vorwiegend mit alten und kranken Leuten über die Grenze ab.

Unter dem Eindruck der Vorgänge im sowjetisch besetzten Gebiet und aus Furcht, daß die dort praktizierten Methoden nach Abzug der Amerikaner auch auf das Egerland und Böhmerwaldgebiet ausgedehnt werden würden, entschlossen sich einzelne Familien, vor allem solche,

die auf der Flucht vor der Roten Armee oder auch später in der amerikanischen Zone der CSR Zuflucht gefunden hatten, mit den im Dezember abziehenden amerikanischen Truppen das Land zu verlassen.

Da die Aussiedlung seit den Potsdamer Beschlüssen ohnehin gewiß war, zogen sie es vor, schon jetzt unter wesentlich günstigeren Bedingungen aus der Heimat zu gehen. Vielfach konnten sie durch privates Entgegenkommen amerikanischer Offiziere und Soldaten größere Sachwerte auf Heeresfahrzeugen über die Grenze schaffen.

Die Austreibungsaktionen vom Kriegsende bis in den Spätsommer 1945 scheinen zwar nicht von einer offiziell damit betrauten zentralen Stelle gelenkt worden zu sein wie die spätere organisierte Ausweisung, ihre Durchführung wäre aber ohne die Weisung und das Wissen hoher Regierungsstellen nicht möglich gewesen.

Die planmäßige Verwendung der Svoboda-Armee bei den Austreibungen im Regierungsbezirk Aussig und auch die Bereitstellung des umfangreichen Eisenbahnmaterials für den Abtransport von Hunderttausenden sprechen dafür. Wieweit die Initiative für diese Aktionen auf kommunistischer Seite lag, läßt sich noch nicht sicher feststellen.

Dafür spricht aber schon die Tatsache, daß sie sich nur auf das von sowjetischen Truppen besetzte Gebiet erstreckten und in der amerikanischen Besatzungszone ausblieben, wenn auch eine unmittelbare Beteiligung der Roten Armee in den vorliegenden Berichten nirgends bezeugt wird und Angehörige sowjetischer Militärbehörden in einzelnen Fällen den Abschub der Deutschen sogar verhinderten.

Für kommunistische Lenkung spricht aber auch die Kritik, die von einigen nichtkommunistischen tschechischen Blättern an den Vorgängen geübt wurde. Die Mahnung zur Mäßigung, die auch Benes in einer Rede in Pilsen am 15. Juni aussprach, war dagegen nicht ein Abrücken von der Austreibung selbst, sondern nur ein Versuch, den vor allem in England laut gewordenen Vorwürfen und Bedenken zu begegnen, damit das Vertreibungsprogramm in seiner Gesamtheit auf der bevorstehenden alliierten Konferenz nicht gefährdet würde.

Der Sanktionierung der bereits begonnenen Vertreibung des gesamten Sudetendeutschums galten daher alle diplomatischen Bemühungen der tschechoslowakischen Regierung. Ministerpräsident Fierlinger vergewisserte sich Ende Juni während seines Moskauer Besuchs noch einmal der sowjetischen Unterstützung für die tschechischen Pläne.

In einer Note, die den Botschaftern der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und der Sowjetunion am 3. Juli überreicht wurde, ersuchte die tschechoslowakische Regierung um die Aufnahme des Vertreibungsprogramms in die Tagesordnung der Potsdamer Konferenz und legte den drei Großmächten am 22. Juli einen Plan für die Ausweisung der Deutschen vor.

Die Potsdamer Konferenz hieß dann auch den Bevölkerungs-"Transfer" aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn im ganzen gut, knüpfte daran allerdings die Aufforderung, u.a. auch an die tschechoslowakische Regierung, vorerst weitere Austreibungen aufzuschieben, bis der Kontrollrat das ganze Problem geprüft habe. Offensichtlich geschah dies aus der Befürchtung, daß ein unkontrolliertes Einströmen großer Massen Vertriebener zu chaotischen Verhältnissen in den Besatzungszonen Deutschlands führen könnte.

Angesichts des vollen diplomatischen Sieges, den die tschechische Regierung in der Frage des "Odsun" damit grundsätzlich erreicht hatte, kam sie dieser Forderung der Großmächte nach. Eine Fortsetzung der Austreibung riesiger Menschenmassen mit den bisherigen Methoden wäre ohnehin nicht gegen den Willen der Großmächte möglich gewesen, welche die Regierungsgewalt in Deutschland übernommen hatten.<<

Die Wissenschaftliche Kommission der deutschen Bundesregierung berichtet im Jahre 1961 über die Austreibungen von Volksdeutschen und die Behandlung der Rückkehrer in Jugoslawien (x006/97E-100E): >> Gegen Kriegsende befand sich der größte Teil des ehemals jugoslawischen Staatsgebietes unter der Herrschaft der Partisanen, nachdem die russischen Trup-



pen im Januar aus der Woiwodina abgezogen waren und die Frontlinie Esseg - Brcko nach dem Beginn der großen Offensive der Partisanenarmeen am 11.4.1945 von den deutschen und kroatischen Truppen aufgegeben werden mußte.

Diese zogen sich daraufhin kämpfend in den slowenischen und steiermärkischen Raum zurück, wo sie bis zum 9.5.1945 kapitulierten. Zu diesem Zeitpunkt waren die ehemaligen Hauptsiedlungsgebiete der Jugoslawiendeutschen, in denen sich die überwiegende Mehrheit der Zurückgebliebenen auch jetzt noch aufhielt, bereits länger als ein halbes Jahr besetzt, so daß die Maßnahmen gegen die deutsche Bevölkerung erhebliche Zeit vor Kriegsschluß einsetzten.

Während die Deutschen aus den polnisch besetzten Ostgebieten, der CSR und Ungarn in der unmittelbaren Nachkriegszeit vertrieben wurden, kam es zur Vertreibung von Jugoslawiendeutschen nur in Slowenien, teilweise auch in Slawonien, wogegen in der Batschka, Baranja und im Banat, sowie in Syrmien das System der Internierungslager vorherrschend wurde.

Die Verhältnisse in Jugoslawien unterschieden sich insofern von denen in allen ost- und süd-osteuropäischen Staaten mit deutschen Minderheiten, als die Deutschenpolitik des jugoslawischen Partisanenregimes bereits seit Oktober/November 1944 gewissen Grundzügen und Richtlinien folgte, die in manchen Gebieten z.T. bis 1948 eingehalten wurden.

Diese Grundsätze lagen längst fest, ehe auf der Konferenz von Potsdam Polen, der CSR und Ungarn die Ausweisung ihrer deutschen Bevölkerung zugestanden wurde. Jugoslawische Bemühungen, auf dieser Konferenz eine Vollmacht zur Vertreibung auch der Deutschen ihres Landes zu erwirken, lassen sich bisher nicht nachweisen. Möglicherweise sind solche Anstrengungen seitens des neuen jugoslawischen Regimes überhaupt nicht unternommen worden.

Die Gründe für eine solche Unterlassung können in dem Selbstgefühl der Partisanenführung gelegen haben, das sich durch den erfolgreich überstandenen Guerillakrieg und die militärische Selbständigkeit bei den Operationen der letzten Kriegswochen gehoben hatte und die Entscheidung über innere Fragen des Landes nicht in die Hand anderer Mächte geben wollte; so konnte auch die im Oktober 1944 beschlossene zahlenmäßige Aufteilung des Einflusses zwischen der Sowjetunion und Großbritannien nach der Formel 50:50 die Macht der Partisanenherrschaft nicht beschränken.

Die Grundlagen der Deutschenpolitik der Partisanen scheinen bereits seit den Beschlüssen des "Antifaschistischen Rates" (AVNOJ) vom 21.11.1944 festgelegt gewesen zu sein. Ihr Ziel war die Aberkennung der Bürgerrechte und die gewaltsame Enteignung der Deutschen, ihre Degradierung zu besitzlosen und unerwünschten Bürgern. Ob die Entziehung der Bürgerrechte die Vorstufe späterer Vertreibung sein sollte, oder ob den Jugoslawiendeutschen ein anderes Schicksal zgedacht war, läßt sich aus den bisher zugänglichen Quellen nicht schlüssig entscheiden.

In einem Aide-memoire vom 19. Januar 1946 über den "Transfer der restlichen deutschen Minderheit aus Jugoslawien nach Deutschland", das am 16. Mai erneut eingereicht wurde, hat allerdings die jugoslawische Regierung unter fälschlicher Berufung auf die Potsdamer Vereinbarungen die amerikanische Botschaft in Belgrad aufgefordert, ihre "guten Dienste" zur Verfügung zu stellen, damit "eine Entscheidung" bezüglich dieser Deutschen durch den Alliierten Kontrollrat in Berlin beschleunigt herbeigeführt werden könne. Das Aide-memoire forderte den "Transfer der gesamten deutschen Minderheit" nach Deutschland, blieb indessen ohne jede Wirkung, da die amerikanischen Behörden den jugoslawischen Wünschen keine Folge leisteten.

Auffällig ist übrigens, daß sich die Vertreibungs- und Internierungspolitik der Partisanen wie auch später der jugoslawischen Behörden ausschließlich gegen die Deutschen richtete.

Obwohl der Nationalitäteng Gegensatz zwischen Serben und Ungarn nach dem ersten Weltkrieg

und erst recht nach der Besetzung der Batschka und Baranja durch ungarische Truppen mit den sich daran anschließenden Serbenverfolgungen fraglos schärfere Formen angenommen hatte, als sie je für das Verhältnis der Volksdeutschen zur andersnationalen Bevölkerung kennzeichnend waren, blieben die Ungarn im wesentlichen seit 1944 in Jugoslawien unbehelligt, ganz im Gegensatz zur CSR, wo außer den Deutschen auch ein beträchtlicher Teil der ungarischen Bevölkerung aus dem Lande getrieben wurde. -

Von einer unverhüllten Austreibung von Jugoslawiendeutschen kann man sicherlich in Slowenien und in Teilen von Slawonien sprechen. Hier sollte aus der Bewegung der letzten militärischen Operationen heraus das nordwestliche Grenzgebiet von den Deutschen, für die eine geordnete Evakuierung nicht mehr hatte organisiert werden können, völlig gesäubert werden. Die jugoslawischen Partisanenverbände unterstützten demgemäß nachdrücklich die Fluchtbewegung der bereits aufgebrochenen Bevölkerung, vornehmlich der dorthin umgesiedelten Gottscheer, Bosnien- und Bessarabiendeutschen.

Bahntransporte wurden sogleich an die frühere österreichische Grenze weitergeleitet, Flüchtlingstrecks in improvisierte Lager - z.B. bei Cilli und Tüchern - gelenkt und von dort über Marburg abgeschoben. Ein Teil der arbeitsfähigen Männer dieser Umsiedler wurde in Lagern zurückbehalten, während ihre Angehörigen ebenfalls über die Grenze getrieben wurden. Gleichzeitig wurden die einheimischen Deutschen in den Gefängnissen der Bezirksorte und in Lagern konzentriert: so auf Schloß Herberstein, in Sterntal, Cilli und Tüchern, von wo sie zwischen dem August 1945 und dem Frühjahr 1946 nach Österreich abgeschoben wurden, sofern sie die unablässige Quälerei während der Lagerzeit überstanden hatten.

Angehörige der älteren Generation konnten den Lagern z.T. dadurch schneller entkommen, daß sie sich auf ihre frühere österreichische Staatsangehörigkeit beriefen. Viele Sloweniendeutsche wurden sogleich vor Gericht gestellt, und die Prozesse endeten damit, daß sie entweder ihre Strafzeit im Gefängnis oder Internierungslager verbringen mußten oder auch außer Landes verwiesen wurden.

Noch vor dem Sommer 1946 wurde mit diesen Methoden die überwiegende Mehrheit der Sloweniendeutschen vertrieben, während restliche Gruppen weiter in den Arbeitslagern festgehalten wurden und Slowenisierte, bzw. Angehörige von Mischehen in das Berufsleben zurückkehren konnten.

Die wenigen nicht geflohenen Slawoniendeutschen wurden zwischen April und Juni 1945 im Lager Josipovać, das bereits als Ustascha-KZ gedient hatte, interniert und von dort zumeist in das Lager Valpovo, geschafft, in der Mehrheit handelte es sich um deutsche Stadtbewohner. Auch aus Valpovo versuchte die Partisanenverwaltung, Volksdeutsche nach Österreich abzuschicken.

Am 10.7.1945 verließ ein erster Transport das Lager und dürfte auch nach Österreich gelangt sein. Ein zweiter Transport dagegen, der am 20.7.1945 in Marsch gesetzt wurde, ist über Laibach zurückgeleitet worden und endete in Pisanica in einem schnell eingerichteten Lager, in dem bald ca. 5.000 Deutsche, unter ihnen auch Rückkehrer, festgehalten wurden.

Kurze Zeit wurde ein Teil der arbeitsfähigen Lagerinsassen in der Umgebung von Pisanica eingesetzt, bis das Lager aufgelöst und seine Insassen je zur Hälfte auf die Lager Valpovo und Krndija aufgeteilt wurden. Hier war die Ernährung völlig unzulänglich, Krankheiten, u.a. eine große Fleckfieberepidemie, brachen aus und rafften in beiden Lagern die Hälfte der Häftlinge hinweg. ...<<